Kernpunkte

Roland Bohlinger

Der volkswirtschaftliche Unsinn des »friedlichen Atomprogramms«

mit einem Beitrag von

Richard Wahl

Die Energiebilanz eines Atomspaltwerkes



Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur



Verlag für ganzheitliche
Forschung und Kultur

2257 Struckum (Nordfriesland)

17.2.83

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Jeder begegnet in seinem Leben immer wieder einmal der Wahrheit. Für die meisten ist das kein Ereignis. Sie stolpern kurz, stehen auf, klopfen sich den Staub von den Kleidern und gehen wieder ihren Geschäften nach.

Herr Zimmermann hat kürzlich erneut klargestellt, daß die CDU-Regierung für einen weiteren Ausbau der Atomindustrie sorgen will. Er und seine Amtskollegen sind in ihrem Leben sicherlich besonders häufig über die Wahrheit gestolpert. Aber das Streben nach Macht und die vielen Spenden der Atomindustrie haben stets für ein rasches Aufstehen gesorgt. (Ich sage "Spenden", weil mir die Generalstaatsanwaltschaft kürzlich erklärt hat, daß Zahlungen der Atomindustrie an Parteien keine "Bestechungsgelder" sondern "Spenden" seien, weshalb meine Strafanzeige gegen die RWE wegen Zahlung einiger dutzend Millionen DM an die CDU nicht weiter verfolgt werden könne.)

Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich feststelle, daß in unserem Staat eine Schicht zur Vorherrschaft gelangte, der das Geschäft mehr gilt als Wahrheit und Recht. Von solchen Leuten sagte Luther zwar, sie sollten lieber über Säue und Hunde regieren denn über Menschen - aber solche Feststellungen helfen nichts.

Vielleicht hilft es aber, wenn dieser Schicht klargemacht wird, daß ihr Tun nur für ganz wenige, auch unter ihnen selbst, ein lukratives Geschäft ist, daß sich auf dem Gebiet der "friedlichen Atomenergienutzung" das Prinzip der Herrschaft des Eigennutzes ganz energisch gegen sich selbst und seine Träger zu richten beginnt. In der hier vorgelegten Schrift wird das eindring-

lich gezeigt. Sie soll daher an möglichst viele Entscheidungsträger in der Bundesrepublik versandt werden. Wir haben an einen Versand von mindestens 10 000 Exemplaren gedacht. Das würde einschließlich Anschriftenbeschaffung und Versandkosten etwa 14 000 DM kosten. Bitte helfen Sie bei dieser Aktion mit!

Mit freundlichen Grüßen!

R. Bohlinger

Roland Bohlinger

Einzelpreis dieser Schrift: 7.00 DM.

Staffelpreise (einschließlich Versandkosten):	10 Stück	40 DM
	50 Stück	100 DM
	100 Stück	150 DM
	1000 Stück	1000 DM

Lieferung nur bei Vorauszahlung auf das Konto des Verlags beim Postscheckamt Hamburg, Nr. 53156-209.

Spenden für den Versand von Leseexemplaren an Entscheidungsträger überweisen Sie bitte auf das gleiche Konto.

Bisher erschienene Hefte in der Reihe "Kernpunkte":

Heft 1: Roland Bohlinger: Artikel 9 II GG. und die Errichtung eines Plutoniumstaats (2. bzw. 5. Aufl.), 64 S., DM 7.80

Heft 2: Roland Bohlinger: Eine neue Strategie zur Überwindung der wachsenden Kriegsgefahr, 32 S., DM 3.00 (z.Zt.vergr.)

Heft 3: Roland Bohlinger: Bringt Hochzinspolitik Wirtschaftszusammenbruch und dann Dritten Weltkrieg? / Eberhard Beißwenger: Zinswirtschaft oder die Herrschaft des Geldes, 40 S., DM 4.00

Heft 4: Roland Bohlinger: Die Illoyalität des Staates auf dem Gebiet der atomaren Kontroverse und das Recht zum Widerstand, 24 S., DM 3.00

Reihe *Kernpunkte*
Heft 5

Roland Bohlinger

Der volkswirtschaftliche Unsinn des »friedlichen Atomprogramms« – oder Unsinn als lukratives Geschäft und Mittel zur Macht

mit einem Beitrag von

Richard Wahl

Die Energiebilanz eines Atomspaltwerkes

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
D-2257 Struckum (Nordfriesland)

1. Auflage 1983

Druck: Breklumer Druckerei Manfred Siegel, 2257 Breklum
ISBN 3-922314-27-9

VORBEMERKUNG

Diese Veröffentlichung bringt den Vorabdruck eines Abschnitts aus der zweiten, stark erweiterten Auflage des Buches »Die Bankierverschwörung«. Zuvor wird in diesem Buch gezeigt, wie und weshalb das herrschende Zinssystem und Bodenrecht die wachsende Umweltzerstörung fördern. Dabei kommt insbesondere zur Sprache,

(a) daß Kapitalbesitzer im allgemeinen danach streben, ihr Kapital anzulegen und dies möglichst gewinnbringend,

(b) daß und warum vor allem große Kapitalgesellschaften bei einer Kapitalinvestition wenig nach dem volkswirtschaftlichen Sinn und nach den Gefahren für Mensch und Umwelt fragen, viel aber nach der Rendite.

Ein Musterbeispiel für die Folgen bietet die Atomwirtschaft. Zugleich zeigt dieses Musterbeispiel besonders klar, daß das bestehende Zinssystem zielbewußt als Hauptwaffe in der Hand machtgieriger Männerbünde eingesetzt wird, und zwar zum Zweck der Erhaltung und Ausdehnung ihrer Herrschaft. Die Folgen sind in jeder Hinsicht verheerend. Um das genügend und überzeugend auszuführen, ist es erforderlich, verschiedene Teilaspekte gründlich darzulegen, auch wenn dadurch einige Ausführungen sehr ins Detail geraten. Ein *Heilungsprozeß* kann aber nur in Gang gesetzt werden, wenn zuvor eine *genaue und überzeugende Diagnose* gestellt wird.

Die Erstfassung des folgenden Textes, der Zusammenhänge zwischen dem Machtstreben von Banken und Industriekreisen und der Durchführung des sogenannten Atomprogramms aufzeigt, wurde vom Verfasser am 18.12.1980 als Schriftsatz im Verfahren gegen den Reaktor Brokdorf eingereicht. Später wurde er in verschiedenen anderen atomrechtlichen Verfahren vorgelegt, und zwar in den Verfahren gegen die Reaktoren Obrigheim, Gundremmingen, Brunsbüttel, Krümmel und Mühlheim-Kärlich. In allen Verfahren ist der Verfasser Kläger und Prozeßbevollmächtigter weiterer Kläger. Eine verbesserte Fassung wurde jetzt fertiggestellt. Sie wird zum Teil in den gleichen Verfahren, außerdem in den Verfahren gegen die Reaktoren in Esenshamm, Kalkar und Stade eingereicht. Zu betonen ist, daß der Schriftsatz nur die wichtigsten Gesichtspunkte bringt. Er sollte nicht die Gerichte überlasten, denn er ist Teil von Ausführungen, die zusammen mit den Anlagen mehrere tausend Seiten umfassen*, außerdem sollte er allgemeinverständlich sein.

Der Verlag

* *Der wichtigste Teil davon wird in Kürze geschlossen veröffentlicht.*

1. POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSFREIHEIT UND ENERGIEVERSORGUNG

1.1. *Bedeutung der politischen Entscheidungsfreiheit auf dem Energiesektor*

Unbegrenzte Entscheidungsfreiheit gibt es für den einzelnen Menschen nur innerseelisch, und zwar dort, wo er sich von äußeren Einflüssen freizuhalten vermag. Die äußere Entscheidungsfreiheit ist hingegen immer begrenzt. Im Idealfall ist sie lediglich durch die Naturgesetze, die Möglichkeiten des Einzelnen und die Rechte der anderen Menschen begrenzt. Dieser Idealfall wird von einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angestrebt; für eine sittliche Persönlichkeit stellt der Idealfall einen Umstand voller Geistesfreiheit dar. Anders formuliert: Ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat versucht, ein Höchstmaß äußerer Freiheit und Gerechtigkeit unter einem Mindestmaß von Zwang zu verwirklichen, wobei er auf bestimmten Gebieten, vor allem auf dem Gebiet der Geistesfreiheit, besonders bemüht ist, dieses Ziel zu erreichen. Er tut gut daran, so zu handeln, denn ohne ein großes Maß an äußerer Freiheit und Gerechtigkeit ist wahres Menschsein auf Dauer nicht möglich. Es ist hier nicht der Ort, das näher zu begründen. Das Grundgesetz entspricht jedenfalls dieser Auffassung, insbesondere in seinen Artikeln 1, 2, 3, 4 und 5. Besonders freiheitsbeschränkend sind u.a. Abhängigkeiten auf dem Gebiet der Energieversorgung. Ein Volk, das sich auf diesem Gebiet nicht weitgehend selbst versorgen kann, ist nicht in der Lage, uneingeschränkt einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat auszubilden.

1.2. *Schrittweise Fremdbestimmung in der Energieversorgung der Bundesrepublik*

Unser Land besitzt Kohle, die bei einem Verbrauch im bisherigen Umfang über 600 Jahre reichen soll. Es besitzt außerdem unerschöpfliche und bis auf Wasser derzeit nur geringfügig ausgeschöpfte Energie-

quellen: Sonne, Wind, Wasser und Gezeiten. Es besitzt schließlich menschlichen Erfindergeist und Fleiß.

Statt die heimische Kohle zu fördern, hat man einen großen Teil der Kohlegruben stillgelegt und zerstört.

»Bis 1964 wurden stillgelegt: 35 Großschachtanlagen, 122 Kleinzechen, 16 Kokereien, 8 Brikettfabriken. Bis zum 31. Oktober 1964 wurden weitere 36 Zechen (1/4 des gesamten Bergbaus!) zur Stillegung vorsorglich angemeldet. Man schüttete modernste Anlagen zu oder ließ sie »absaufen«. So wurden Förderungsmöglichkeiten für Millionen t SKE unwiederbringlich vernichtet.« [1]

Dabei ist zu beachten:

»Mit 86% wird nahezu der gesamte Steinkohlenbergbau von der öffentlichen Hand kontrolliert und beherrscht.« [2]

Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Braunkohle und im Absatzbereich beider Kohlearten[3].

Unter Verantwortung der öffentlichen Hand wurde also unser Land in weit stärkere Auslands-Abhängigkeit gebracht, als dies erforderlich gewesen wäre.

Aufschlußreich ist, daß die Bonner Politiker **damals schon wußten,** daß die Öl-Multis die bundesdeutsche Volkswirtschaft mit Dumpingpreisen **zum Umstieg auf das Öl und damit in Abhängigkeit zu bringen versuchten.** In der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages gestand *Professor Erhard* ein:

»Allerdings wissen wir ja, daß der Ölpreis kein reiner Marktpreis ist, sondern sehr stark der Stratégie der größeren Mächte, der Oligopolisten unterliegt.« [4]

Trotzdem verabschiedete man das sogenannte *Rationalisierungsgesetz.* **Fast 360000 Bergleute und zahlreich weitere Arbeiter und Angestellte verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Das kostete die Volkswirtschaft vielleicht 4–8 Mrd. DM an Arbeitslosen- und Umschulungsgeldern.** Die Bergwerksunternehmer bekamen für jede »stillgelegte Tonne Kohle« 25 DM Prämie. **Das kostete die Volkswirtschaft eine weitere hohe Summe.** Aber versorgt mit diesen »Prämien« stiegen verschiedene dieser Unternehmen dann ins Ölgeschäft ein. So hat z.B. die *GRAG (Gelsenkirchener Bergwerks-AG)* einen Großteil der *BV-ARAL* aufgekauft und mit ihrer Tochtergesellschaft *Gelsenberg* verbunden[1]. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß vor einem halben Jahrhundert in Deutschland die Kohleverflüssigung erfunden und im Dritten Reich bis zu einer Höchstleistung von 6,5 Millionen Jahrestonnen entwickelt wor-

den war. Bis zum Jahre 1967 hatte sich der Treibstoffverbrauch in der Bundesrepublik nur ungefähr auf das Doppelte gesteigert[1]. **Unsere »Energiekrise« ist also Folge eines großen Betrugs.**

Als die Folgen der wachsenden Ölabhängigkeit immer spürbarer wurden, schob man die Nutzung der Atomspaltenenergie in den Vordergrund. Angeblich sollte uns diese Energienutzung von der zunehmenden Auslandsabhängigkeit wieder befreien. **In Wirklichkeit wurden wir Opfer eines neuen Betrugs und gerieten vom Regen in die Traufe:** Die Lieferung von Uran wird heute weltweit fast ausschließlich von einem einzigen Kartell, dem sogenannten *Urankartell,* gesteuert. Ich komme darauf später noch eingehend zu sprechen.

Eine weitere Abhängigkeit versuchen die Verantwortlichen derzeit auf dem Erdgassektor zu schaffen. Es wurden und werden Pipelines aus verschiedenen Ländern nach Deutschland gebaut, darunter vor allem aus der UdSSR. Es wurden Abnahmeverträge mit der UdSSR, dem Iran, Holland und anderen Ländern ausgehandelt über Gasmengen, die viel zu groß waren, als daß sie hätten verbraucht werden können, **die aber auch dann, wenn sie nicht abgenommen werden, bezahlt werden müssen**[5]. Das geschah schon zu einem Zeitpunkt, als ein Großteil der erforderlichen Verteilernetze noch nicht einmal geschaffen war[6].

1.3. *Hochverrat?*

Es heißt im § 81 StGB:

> *»Hochverrat gegen den Bund*
> *Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt*
> *1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder*
> *2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungmäßige Ordnung zu ändern,*
> *wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft. . .«*

Im § 92 StGB. heißt es:

> *»Begriffbestimmungen*
> *Im Sinne dieses Gesetzes beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, . . .«*

Und unter Gewaltanwendung versteht das Strafrecht:

». . . daß sie den Gezwungenen »überwältigt« . . . oder . . . den . . . Betroffenen durch eine u.U. nur mittelbare Beeinflussung in die vom Täter gewollte Richtung treibt . . .«[7]

Wer Finanzobligarchien, Ölmultis oder fremden Staaten, insbesondere sogenannten »Feindstaaten« wie der Sowjetunion, ermöglicht, die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland teilweise zu blockieren, ermöglicht es diesen Mächten, dieses Land wirtschaftlich und damit im geeigneten Augenblick sogar politisch zu destabilisieren und zu manipulieren. Das aber bedeutet eine Beeinträchtigung der Souveränität unseres Staates im Sinne des Gesetzes. Da diese Beeinträchtigung durch die Inhaber der Staats-Gewalt erfolgte und ohne ausdrückliche Zustimmung des Volkes, wurde das Volk »überwältigt«.

2. GEHEN OHNE ATOMSTROM DIE LICHTER AUS?

2.1. *Atomstrom spielt in der Energiebilanz kaum eine Rolle.*

Im Dezember 1972 erklärte *Prof. H. Michaelis,* damals Generaldirektor für Wirtschaft der *Europäischen Atomgemeinschaft,* in einem Sonderdruck des *Deutschen Atomforums:*

»Bisher wurde ein Weltvorrat an nutzungsfähigen fossilen Brennstoffen von rund 4 Billionen SKE erschlossen. Das sind sowohl sichere als auch wahrscheinliche zusätzliche Reserven, die nach heutiger Kenntnis zu wirtschaftlichen Bedingungen abgebaut werden können. Bis zur Jahrhundertwende werden somit allenfalls 10% dieses Vorrats verbraucht werden. Nur deshalb, weil befürchtet wird, daß sich die Vorräte an fossilen Brennstoffen erschöpfen, wäre daher auf absehbare Zeit eine Zuwendung zur Kernenergie nicht gerechtfertigt . . . Zudem werden zur Zeit in solchem Ausmaß neue Vorkommen entdeckt, daß sich diese Vorausdeckungszeiten eher verlängern als verkürzen . . .«

Aber auch dann, wenn fossile Brennstoffe voll durch elektrischen Strom ersetzt werden könnten, würde die Stromzufuhr aus Atomspaltwerken niemals viel zur Bedarfsdeckung beitragen können.

Im Jahr 1978 war die sogenannte Kernenergie am gesamten Primärenergieverbrauch unseres Landes lediglich mit etwa 3,5% beteiligt[8]. Bis heute (1982) ist trotz Inbetriebnahme einiger neuer Reaktoren der Anteil

nur geringfügig gestiegen. Das liegt u.a. daran, daß viele Reaktoren immer wieder aus technischen Gründen zeitweise still liegen. Da obendrein der Wirkungsgrad von Atomspaltwerken nur bei etwa 32 % liegt – der Rest von etwa 68 % wird als Abwärme ungenutzt in die Umwelt abgegeben, also verschleudert – und da außerdem in erheblichem Maße Energie verbraucht wird

- für den Bau und Betrieb des gesamten »Atomspaltkreislaufs«, insbesondere den Bau der Anlagen, die Urangewinnung, die Urananreicherung, die Müllbehandlung sowie
- für den Transport des erzeugten Stroms und die Schaffung der dazu notwendigen Transportwege, Schaltanlagen und Verwaltung,

darum wurde **bisher die Volkswirtschaft aus dem Bereich der Atomspalttechnik bestenfalls mit einem geringen Energieüberschuß beliefert. Einige Forscher sind der Ansicht, daß die Energiebilanz der Atomspalttechnik sogar negativ ist.** Ich komme darauf noch zu sprechen.

Hier genügt es, festzustellen, daß rund die Hälfte des erzeugten Stroms der Erwärmung von Wasser oder der Heizung dient, was **weitgehend auch durch Nutzung fast problemloser Energieträger,** z.B. durch Nutzung der Sonnenenergie, geschehen könnte. In den USA erreicht inzwischen der Stromgewinn aus Solaranlagen die Größenordnung des Stromgewinns aus Atomanlagen in der Bundesrepublik, wobei die Energiebilanz bei Solaranlagen mit Sicherheit erheblich günstiger und der Betrieb nur mit einem Bruchteil an Kosten und Problemen belastet ist[9].

Daraus folgt: Die energiewirtschaftliche Bedeutung der sogenannten Kernenergienutzung war und ist bis heute sehr gering[9]. Trotzdem steht und stand diese Nutzung immer wieder im Vordergrund der Diskussion und der politischen Entscheidungen, sie beschwor bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen herauf, veranlaßte Tausende von Prozessen, Untersuchungen und Veröffentlichungen, verschlang bisher ungeheure Summen an Investitionen, Subventionen, Bestechungsgeldern u.a.m. Warum? Liegt es vielleicht daran, daß man sich von der künftigen Entwicklung weit mehr als von der bisherigen erhofft?

Die sogenannte Kernenergienutzung vermag auch künftig im Energiehaushalt keine größere Rolle zu spielen. *John Kostuik,* der Vorsitzende des 1974 durch Bergbaugesellschaften von 16 Uranförderländern gegründeten *Internationalen Uran-Instituts* erklärte:

»Alle bekannten und wirtschaftlich gewinnbaren Uranreserven sind jetzt nämlich für den Bedarf der in Betrieb und in Bau befindlichen Kernreaktoren ›ausverkauft‹. Demnach sind alle Kernenergie-Programme der westlichen Welt außer dem der USA so lange bloße Illusion,

bis die entsprechenden Uranvorkommen aufgefunden und erschlossen sind.« [10]

Das gleiche äußerte auch der Präsident der deutschen *Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe*[11].

Die großen Versprechungen, die dem *Schnellen Brüter* galten – er sollte die Nutzung der Atomspaltungsenergie vom Uran weitgehend unabhängig machen – werden von den Kennern des Projekts längst als uneinlösbar angesehen.[11a] Zwar wird in Kalkar noch weitergebaut. Das ist aber kein Kriterium für die Brauchbarkeit des Projekts. Bekanntlich arbeiten die stromerzeugenden Unternehmen ohne Kostenrisiko, da die Kosten uneingeschränkt vom Stromabnehmer und Steuerzahler getragen werden. Deshalb lohnen sich für die Zulieferbetriebe und die kreditierenden Banken auch Fehlinvestitionen im Kraftwerkbau.

Das geringe Ausmaß der Uranreserven dürfte also der industriellen Nutzung der Atomspaltung ein baldiges Ende setzen. Fachleute schätzen, daß zwischen den Jahren 2000 und 2010 die abbauwürdigen Uranvorkommen erschöpft sein werden. Die Frage, warum diese Nutzung trotzdem immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, stellt sich damit erneut, aber erheblich verstärkt.

2.2. *Überkapazitäten*

Die stromerzeugende Industrie betreibt, wenn es um ihre tatsächlichen Reserven geht, eine äußerst undurchsichtige, manchmal auch offensichtlich irreführende Nachrichtenpolitik.

In der 215. Sitzung des Bundestages war zu den Überkapazitäten Stellung genommen worden. Es kam dabei jedoch nicht zur Sprache, daß im Jahre 1972 zusätzlich zu den bereits vorhandenen Überkapazitäten bei öffentlichen Kraftwerken noch Kapazitäten von rund 30000 MW im Bau waren, deren Fertigstellung bis 1976 vorgesehen war, 1973 sollten es weitere 26400 MW für 1977 und 1974 26000 MW für 1978 werden. Demgegenüber betrug im Jahre 1976 die Spitzenlast an abgenommener elektrischer Energie nur 42930 MW, und zwar am 15. 12. 1976. Der vorgesehene bzw. erwartete Zubau entsprach 1976 Kapazitätserhöhungen um 57 %, 1977 um 50 % und 1978 um 49 %, also insgesamt um 156 %.[12]

Dieser angestrebte Zuwachs ist zwar nicht erreicht worden – hauptsächlich wegen des wachsenden Widerstands im Volk. Erreicht wurde aber, daß gegen Ende dieser Periode, im Jahre 1976, immerhin soviele Kapazitäten hinzugebaut waren, **daß alle Kraftwerke zusammen nur zu rund 50 % ausgelastet waren[13]. Trotzdem wurde das Atomprogramm unter der Vorspiegelung, es gingen sonst bereits 1980 die Lichter aus,**

Kraftwerke nur zur Hälfte ausgelastet

Deutsche Stromproduzenten reagieren mit Preiserhöhungen

Werner Vontobel

Bonn, 6. Nov. Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik wird im laufenden Jahr trotz einem Wirtschaftswachstum von 2 Prozent stagnieren oder gar leicht zurückgehen. 1981, bei 0 Prozent Wachstum, wird sich diese Entwicklung noch verstärken. Bereits jetzt gibt es in der Bundesrepublik beträchtliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung. Die Energiewirtschaft sieht sich deshalb gezwungen, die Strompreise um bis zu 16 Prozent zu erhöhen. Ferner versucht sie, durch den forcierten Verkauf von Wärmepumpen den Strom vermehrt auch für Heizungszwecke zu nutzen.

1979 betrug die Kapazität aller Kraftwerke der Bundesrepublik 87700 Megawatt. Die Jahreshöchstbelastung wurde im Januar 1979 mit nur 53000 Megawatt erreicht, und im Jahresdurchschnitt mußten die Kraftwerke gar nur zur Hälfte ausgelastet werden, um die benötigten 372 Milliarden Kilowattstunden Strom bereitzustellen. Für die nahe Zukunft sieht es nun erst recht nach einem deutlichen Überangebot aus, denn wenn alle im Bau befindlichen und bereits fest geplanten Kraftwerke programmgemäß gebaut und in Betrieb genommen werden, so ergibt sich für 1985 — vorsichtig gerechnet — eine Kraftwerkkapazität von mindestens 115000 Megawatt, das entspräche einem Zuwachs von 32 Prozent.

Legt man dem die Annahme der Bundesregierung von Ende 1977 zugrunde, wonach der Stromverbrauch bis 1985 um jährlich 5,6 Prozent wachsen wird, so sind die geplanten zusätzlichen 16 Kernkraft- und 20 Kohlestromblöcke nicht übertrieben. Ein derartiges Wachstum des Strombedarfs hält allerdings schon lange niemand mehr für realistisch. Schon im ersten Halbjahr 1980, als das Wirtschaftswachstum noch bei 3,5 Prozent lag, ist in Nordrhein-Westfalen der Stromverbrauch um 0,2 Prozent zurückgegangen, und diese Zahlen sind, wie der Düsseldorfer Energieminister Joachimsen weiß, keineswegs untypisch für andere Bundesländer. Der Energieverbrauch der Bundesrepublik insgesamt dürfte im laufenden Jahr sogar um 3,5 Prozent zurückgehen.

Tagesanzeiger 7. 11. 80 (Zürich)

Bremer Na

Fernruf (04 21) 3 67 31
Preis 70 Pfennig

WESER-ZEITUNG · DIE NO

belogene CSU

Bundesregierung plant keine Energie-Sparvorschriften

weiter vorangetrieben[14]. 1977 wurden durchschnittlich 38,3 GW* erzeugt, die maximal erreichbare Kraftwerksleistung lag hingegen bei 83,7 GW[15]. Aber auch dann, wenn man vom Spitzenbedarf ausgeht, so lag dieser nur um 8,7 GW höher als der Jahresdurchschnitt[16]. Zu diesen Zahlen muß man noch hinzufügen, daß in dem Verfahren *Bundeskartellamt* gegen *RWE*, das 1978 begann, festgestellt wurde, es gäbe an Industriestrom 8,5 GW, die kurzfristig, und weitere 12,5 GW, die mittel- bis langfristig ins Netz eingespeist werden könnten[17]. **Doch die Einspeisung dieses Stroms wurde und wird bis heute weitgehend sabotiert.** Dazu noch die Wiedergabe einer Feststellung des Vorsitzenden der *VDEW, Dr. Heueck:*

> *»Man steht heute auf dem Standpunkt, daß in einem Verbundnetz von der Größe des zusammengeschlossenen westdeutschen Versorgungsgebiets eine Leistungsreserve von 8–10% ausreichend ist.«* [18]

Da es möglich ist, durch Rundsteuergeräte zu Spitzenlastzeiten ferngesteuert bestimmte Gebrauchsgeräte, z.B. Waschmaschinen oder Boiler ab- und später wieder zuzuschalten, was z.T. schon praktiziert wird, kann ein Teil der sogenannten Leistungsspitze »abgeworfen« werden[19]. Da es außerdem möglich ist, Strom zu speichern, kann die notwendige Leistungsreserve noch weiter eingeschränkt werden. Es wird zwar von den Stromerzeugern in der Öffentlichkeit behauptet, die Speicherung von Strom wäre nicht möglich, z.B. im *Jahresbericht 1979 der NWK* [20]. In demselben Jahresbericht wird jedoch mitgeteilt, daß zu Beginn des Geschäftsjahres 1977/78 das Luftspeicher-Gasturbinenwerk Huntorf mit 290 MW fertiggestellt worden sei.

> *»Mit dieser neuen Konzeption für den Einsatz von Gasturbinen erzielt die NWK eine Kostenminderung für die Erzeugung elektrischer Arbeit zu Spitzenlastzeiten.«*[21]

Die Überkapazitäten lägen noch erheblich höher, wären nicht in den letzten Jahren besonders viele mit Kohle, Erdöl oder Gas betriebene Kraftwerke stillgelegt worden. Angeblich waren sie veraltet. Ein Großteil hätte aber mit verhältnismäßig geringem Aufwand modernisiert werden können[22]. In Marbach am Neckar wurde z. B. ein Ölkraftwerk mit 660 MW Leistung stillgelegt, **das erst 2 Jahre alt war** und als eine der modernsten Anlagen galt, die nur rund 150 Millionen DM Baukosten verursacht hatte, also etwa 15% eines Atomspaltwerks gleicher Leistung. Seit der Inbetriebnahme war das Werk jedoch die meiste Zeit stillgestanden, weil kein Bedarf für den erzeugbaren Strom vorlag[23]. Aus dem gleichen Grund standen und stehen mehrere neue Kohle- und Gaskraftwerke still.

* 1 GW = 1 Gigawatt = 1000 MW = 1000000 KW

In den *Ruhrnachrichten* vom 12.3.1977 hieß es in diesem Zusammenhang:

> *»Lachende Dritte . . . sind die Holländer: Sie kassieren Geld für Erdgas, das sie gar nicht geliefert haben.*
> *Die Größenordnungen, um die es dabei geht, sind gewaltig. Die Vereinigte Elektrizitätswerke AG (VEW) haben 1975 rund 900 Millionen Kubikmeter nicht verbrauchtes Erdgas bezahlen müssen . . . In diesem Jahr gehen die Schätzungen bei VEW von einer nicht verbrauchten, aber zu bezahlenden Erdgasmenge von 1,3 bis 1,4 Milliarden Kubikmetern aus.«*

In diesem Bericht geht es nur um die *VEW*. Offen bleibt darin, wie es die anderen, z.T. noch größeren Unternehmen treiben. Sie dürften sich in ihrer Wirtschaftsweise nicht wesentlich davon unterscheiden. Außerdem wurden in dem obigen Bericht nur die Lieferungen aus Holland erwähnt. Wir erhalten aber noch Lieferungen aus anderen Ländern, künftig vor allem auch aus der Sowjetunion. **Soweit die vertraglich vereinbarten Erdgaslieferungen nicht nur bezahlt sondern auch geliefert werden, werden sie teilweise wieder mit staatlicher Subventionierung exportiert. Zugleich exportieren wir subventioniertes Ruhrgas. Zu allem Überfluß wird in Wilhelmshaven auch noch ein riesiger Terminal für Flüssiggastanker gebaut.** Unter Fachleuten gilt er als unnötig.

Das Niedersächsische Sozialministerium bezifferte 1978 die Kosten für die Nichtinbetriebnahme des Reaktors in Esenshamm mit rund 1,5 Millionen DM je Tag[24]. Der Reaktor hat eine Nennleistung von 1300 MWe, bei einer durchschnittlichen Auslastung zu 80% läge damit der Verlust je Kilowattstunde bei rund 6 Pfennig. Falls die Aussage des Ministeriums zutrifft und ebenso die Aussage der Atomindustrie, die Erzeugung von »Atomstrom« sei billiger als die Stromerzeugung mit Hilfe anderer Primärenergieträger, dann hätte der 1972 noch vorgesehene Zubau an Kapazitäten, wäre er voll verwirklicht worden, **allein im Jahre 1978 einen Verlust aufgrund nichtgenutzter Überkapazitäten von mindestens 38 Milliarden DM erreicht! Dazu wären noch die Verluste aufgrund der sabotierten Nutzung von Industrieabwärme in Höhe von 21 GW, also nochmals rund 8,8 Milliarden DM zu berücksichtigen. Tatsächlich waren es lediglich 36,7 + 21 GW, also rund 24,3 Milliarden DM.** Da aber die Kostenberechnungen der Stromindustrie betriebs- und nicht gesamtwirtschaftliche Berechnungen sind, sind die gesamtwirtschaftlichen Verluste erheblich höher anzusetzen[25]. **Die auf diese Weise erzeugten Verluste der »fortschrittlichen Energiepolitik« seit ihrem Beginn in den sechziger Jahren dürften damit insgesamt vielleicht zwischen 100 und 250 Mrd DM liegen!** An dieser Stelle noch zwei bezeichnende Zeitungsmeldungen:

Die erste Atomruine wartet auf den Abdecker

Kernkraftwerk Niederaichbach wird verschrottet / Wo wird das radioaktive Abbruchmaterial sicher abgelagert?

Von Rudolf Großkopff

München

Während noch der Streit um den Bau weiterer Kernkraftwerke tobt, wartet die erste Atomruine schon auf den Abbruch. In Niederaichbach, unweit der niederbayerischen Stadt Landshut, soll vermutlich im nächsten Jahr die Verschrottung eines stillgelegten Meilers beginnen. Das Vorhaben gilt als Modellfall für die in den kommenden Jahrzehnten mit Sicherheit auftretenden Probleme bei der Beseitigung derartiger Anlagen.

Im Fall Niederaichbach ist es freilich nicht das Alter, das zur Stillegung geführt hat. Vielmehr hat der technische Fortschritt das hier verwirklichte Konstruktionsprinzip des „Schwerwasser-Druckröhren-Reaktors" überholt: die später entwickelten Leichtwasserreaktoren erzeugen den Strom billiger. Außerdem bereitete bei diesem Typ das Kühlsystem Schwierigkeiten. Nach insgesamt 13 Tagen Laufzeit wurde der Betrieb im Jahre 1974 eingestellt. Seither gammelt die versiegelte Ruine vor sich hin. Allein ihre Bewachung kostet jährlich 150 000 Mark.

Rund 230 Millionen Mark (davon 150 Millionen aus bayerischen und Bonner Steuermitteln) waren praktisch in den Sand gesetzt und können allenfalls unter dem Posten Entwicklungskosten verbucht werden. Jetzt sollen sie sich zumindest noch insoweit rentieren, als hier prinzipielle Erfahrungen für die Beseitigung solcher Anlagen gesammelt werden können. Dabei macht es sich gut, daß die Abdecker nicht gleich mit einem Extremfall beginnen müssen: wegen der kurzen Produktionszeit und der nur auf 100 Megawatt ausgelegten Kapazität (heute werden die Werke für 1000 Megawatt und mehr geplant) ist die Radioaktivität der inneren Reaktorteile vergleichsweise gering.

Dabei ist mit großen Zeiträumen zu rechnen. Josef Vogl, Chef der Abteilung Kernenergie im bayerischen Umweltministerium, schätzt, daß in Niederaichbach etwa vier Jahre vergehen, bis die Landschaft wieder in Ordnung ist. Das liegt einmal an der unbekannten Materie (Vogl: „Hinter jedem gelösten Problem tut sich ein neues auf"), zum andern an den riesigen Baumassen, die hier abzureißen, zu zerkleinern und andernorts unterzubringen sind.

Noch größere Unklarheit herrscht bislang über die Kosten. Sie werden mit Sicherheit in die siebenstelligen Zahlen reichen; mindestens einen Teil davon will, weil das ganze als Pilotprojekt gilt, wieder der Staat zahlen.

• • •

Das Umweltministerium in München drängt dennoch auf einen baldigen Beginn. Das größte Problem für die Behörde ist inzwischen nicht mehr der Abbruch selbst, sondern die Unterbringung des gefährlichlichen Materials. Fest steht bisher nur, daß es unterirdisch gelagert werden muß. Schon um keine schlafenden Hunde und neue Proteste zu wecken, vermeidet Vogl jede Andeutung, wo er sich dieses Depot für die Trümmer von Niederaichbach vorstellt. Vorerst beschränkt er sich auf vorsichtigen Optimismus: „Es besteht begründete Aussicht, daß wir zu einer Lösung kommen."

Kernkraft und Dividende Hauptthema beim RWE

Abs macht Ponto als AR-Vorsitzender Platz

HANDELSBLATT, Donnerstag, 24. 2. 1977

de. ESSEN. Erwartungsgemäß stellte das Thema Kernenergie einen wesentlichen Punkt der Diskussion in der HV der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), in der Grugahalle in Essen dar. Doch war es beileibe nicht das einzige. Mindestens so sehr interessierte die Sprecher der 2400 erschienenen Aktionäre und Aktionärsvertreter die RWE-Dividende als wichtiger Diskussionsgegenstand.

Am 6.9.1979 brachte das *Handelsblatt* aus einem Gespräch mit *Prof. F. Farthmann,* dem Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, folgende Enthüllung:

»In Nordrhein-Westfalen gäbe es z. Zt. keine Stromlücke, sondern eine Stromhalde. Es lägen mehrere rechtskräftige Genehmigungen für den Bau neuer Kohle-Großkraftwerke vor. Farthmann: ›Ich stelle aber fest, daß sich keine Schippe rührt‹. Das RWE dränge keineswegs auf einen weiteren Bau von Kohlekraftwerken. Die restlichen Kapazitäten des inzwischen im Bau befindlichen Kohlekraftwerks in Bergkamen seien wie Sauerbier angeboten worden.«

Aus der *Welt* vom 27.2.1978 erfahren wir:

»HEW lieferte 1977 mehr Strom in das Ausland. Die Aktionäre . . . könnten . . . mit einer erheblich verbesserten Rendite ihrer Aktien rechnen.«

Hierzu muß ergänzt werden: Die *HEW (Hamburger Elektrizitätswerke)* **lieferten dem größten Stromabnehmer der Hansestadt den Strom weit unter den Gestehungskosten.** Es handelt sich um das Aluminiumwerk *Reynolds,* für das hauptsächlich das Atomspaltwerk Stade errichtet worden ist. Das heißt: **Zunächst wird die Atomforschung vom Staat weitgehend finanziert. Dann wird der Bau eines Atomspaltwerks subventioniert, obwohl Überkapazitäten vorhanden sind und die Energiebilanz von Atomspaltwerken höchstwahrscheinlich negativ ist. Anschließend wird eine weitgehend der Verschwendung dienende und daher weitgehend überflüssige Industrieanlage mit Subventionen ins Land geholt, anstatt diese Anlage wenigstens am Fundort des Rohstoffs, nämlich des Bauxits, zu errichten. Deswegen muß nun unter erheblichem Kostenaufwand der Rohstoff auf dem Seeweg herangeschafft werden. Obendrein muß für seine Löschung auch noch ein gesonderter Hafen errichtet werden! Und schließlich wird der erhebliche Stromverbrauch dieser Industrie subventioniert: die kWh wird für ganze 2 Pfennig geliefert! Trotz alledem meldet aber die Presse, die HEW marschierte an der Spitze der Börse[25a]. Diese Vorgänge kennzeichnen besonders deutlich die Lage. Sie zeigen den Staat nicht als Wahrer volkswirtschaftlich sittlicher Grundsätze, sondern als Selbstbedienungsladen und Ausraubungsinstrument der Großindustrie und der Großbanken.**

2.3. Versorgungssicherheit

Seitens der Atomindustrie wurde im April 1978 erklärt, im Jahre 1977 hätten die Druckwasserreaktoren in der Bundesrepublik 75 %, die Siedewasserreaktoren 28 % Arbeitsausnutzung erreicht[26]. Von Kritikern wurde behauptet, die tatsächlichen Zahlen lägen noch deutlich niedriger. **Im Jahre 1978 standen dann zeitweise fast alle Atomspaltwerke still, sei es wegen Unfällen, Reparaturbedürftigkeit oder anderen Gründen[27].** In der *FAZ* wurde darauf näher eingegangen unter der Überschrift:

> *»Die meisten Atomkraftwerke stehen still – zur Zeit geben sie nur ein Viertel der installierten Leistung an Strom.«* [28]

Diese Tatsache führte damals zu der öffentlich gestellten Frage, ob Atomspaltwerke überhaupt genügend Versorgungssicherheit böten.

Ähnliche Ausfälle gab es zeitweise auch in den folgenden Jahren, insbesondere in den Jahren 1979 und 1982.

Die Versorgungssicherheit wird jedoch nicht nur durch die Störanfälligkeit der Reaktoren in Frage gestellt, sondern auch durch die Lage auf dem Uranmarkt.

Kanada fördert angeblich rund 28 % des in der Welt verbrauchten Natur-Urans, die USA nicht viel weniger. Der Anteil der Uranreserven beider Länder an den Weltreserven soll insgesamt etwa 35 % betragen[28a]. 1975 entschlossen sich die Regierungen der USA und Kanadas zu einer **verschärften Politik der Nichtverbreitung von Uran an jene Länder, die Kernwaffen herstellen oder ihre Herstellung beabsichtigen oder in Drittländern ermöglichen. Das führte dann zu einer fast einjährigen Unterbrechung der Uranlieferungen an die EG[29]. Ein bis Ende 1980 befristetes Interims-Abkommen mit Kanada führte zwar zur Wiederaufnahme der kanadischen Lieferungen. Doch konnte damals niemand mit Bestimmtheit sagen, ob später ein neuer Exportstop ausgeschlossen sein würde[30].**

Australien soll etwa 13 % der derzeit bekannten Uranvorkommen besitzen[28a]. Die australische *Labour-Party* unter *Gough Whitlam* hatte sich auf ihrem Parteitag im Juli 1977 darauf festgelegt, bei einer Übernahme der Regierung, wie seinerzeit schon 1973, jeden weiteren Uranabbau und -export zu beenden[31].

Aufgrund der erwähnten und einiger weiterer Erfahrungen stand im *Jahrbuch der Atomwirtschaft* des Jahres 1978 ganz offen:

> *»Die Existenz von Lieferverträgen erlaubt jedoch noch keine Aussage über die tatsächliche Versorgungssicherheit, da die Exportrestriktionen einiger Förderländer die Erfüllung langfristig abgeschlossener Verträge*

Der Energieverbrauch sinkt weiter

Essener Institut sieht Wirtschaftsflaute als Hauptursache

Essen (dpa) Der Energieverbrauch in der Bundesrepublik wird 1981 wie schon im Vorjahr weiter sinken. Nach einem am Montag veröffentlichten Bericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen wird für dieses Jahr vor allem wegen der anhaltenden Wirtschaftsflaute ein Rückgang im Energieverbrauch im Vergleich zum Vorjahr zwischen 3,5 und vier Prozent erwartet.

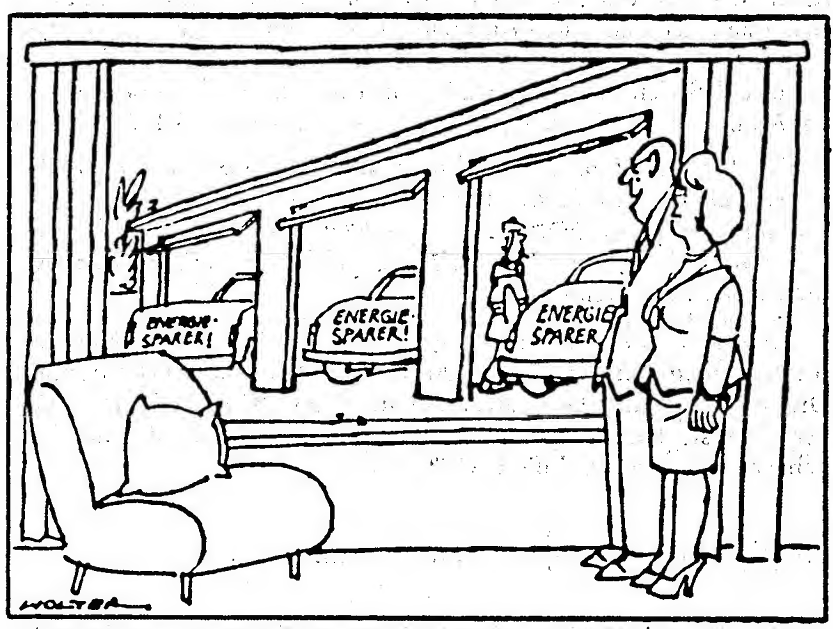
1980 wurden etwa vier Prozent weniger Energie als im Vorjahr verbraucht. Falls die Prognose eintrifft, würde die Bundesrepublik 1981 weniger Energie verbrauchen als vor der ersten großen Erdölpreiserhöhung 1973.

Dabei gibt es nach Angaben der Wissenschaftler auch eine leichte Verlagerung bei den Energieträgern: der Anteil des Mineralöls soll von 48 auf 47 Prozent und der von Erdgas von 16,5 auf 16 Prozent sinken; dagegen würde die Steinkohle stärker genutzt, ihr Anteil steige um 0,5 Prozent auf 20 Prozent. Kernkraftwerke versorgten die Bundesrepublik mit nach wie vor 3,5 Prozent der Energie.

Etwa 88 Millionen Tonnen Steinkohlen werden voraussichtlich in der Bundesrepublik gefördert. Da die Stahlproduktion weltweit in der Krise sei, müsse mit einem Exportrückgang gerechnet werden, so der Bericht des Instituts. Die Elektrizitätswirtschaft könne dagegen mit höheren Einnahmen rechnen. Die Wissenschaftler rechnen angesichts der Preiserhöhungen mit einem sinkenden Benzinverbrauch.

Die Elektrizitätswirtschaft werde auch 1981 wieder weniger Erdgas verwenden, da dieser Energieträger sich stark verteuert habe.

Schl.-Holst.-Landzeitg
28.4.81



„Und im Mai, wenn unsere Katrin 18 wird und ihre versprochene Ente bekommt, können wir sogar vierfach Energie sparen — da kommt schon was zusammen!"

von einem Tag zum anderen in Frage stellten und auch in Zukunft stellen können.«[32]

Selbst die Lieferverträge sind also in Frage gestellt!

Eine Seite später hieß es im gleichen Jahrbuch, daß die Uranreserven der Bundesrepublik nur für etwa 3 Jahre reichen würden.

Im Jahre 1980 waren aber vom Bedarf nur noch zwei Drittel für 1981, noch weniger für 1982 und 1983 und nur noch 20 % für 1984 gesichert[33].

Dazu kommen die sehr starken Preissteigerungen für Natururan und angereichertes Uran. Zwischen 1965 und 1975 versechsfachten sich die Preise für Natururan. Zwischen Juli 1975 und Januar 1976 stiegen sie um weitere 27 %[34]. Seitdem waren die Steigerungsraten allerdings bedeutend geringer, zeitweise kam es sogar zu einem Preisverfall. Ähnliche Preisentwicklungen gab es auch bei angereichertem Uran[35]. Auf jeden Fall gilt: Je höher Rohstoffpreise sind, desto weniger kann als Rohstoffreserve angesammelt werden.

Trotzdem wird nach wie vor behauptet, die Abstützung auf Uran könnte unsere Energieversorgung unabhängig machen. **Tatsächlich würde sie uns völlig vom Urankartell abhängig machen, das unter der Führung der französischen und englischen Rothschilds steht. Außerdem soll der Vatikan recht erhebliche Mengen an »Uran-Aktien« besitzen** (das allein dürfte aber noch nicht völlig das große Interesse des Vatikans an einer weltweiten Ausbreitung der Atomenergienutzung erklären)[36].

Aufschlußreich ist auch folgende Äußerung, die in einem Bericht über das Atomspaltwerk Neckarwestheim in der *Welt* vom 27.5.1977 erschien:

»Der Weg des Urans vom Abbau in Kanada und in der afrikanischen Republik Niger bis in den Atomreaktor Neckarwestheim ist lang. Das Uranerz wird in Frankreich aufbereitet und anschließend in der Sowjetunion angereichert. In Hanau schließlich stellt ein Spezialunternehmen die Brennstäbe her.«

Der Abbau in Kanada und Niger liegt weitgehend in der Hand der französischen Rothschilds[37], ebenso die Aufbereitung in Frankreich. Die UdSSR reichert das Uran an und hat dadurch inzwischen fast 50 % der Brennstoffeinfuhr in die Bundesrepublik in der Hand[38], den Rest beherrscht weitgehend die USA[39]. Zufall?

2.4 *Nichtausnutzung vorhandener Energien*

Mindestens 21 000 MW an Prozeßwärme aus dem Mittel- und Niederdruckbereich der Industrie, die über Turbinen geleitet werden könnten,

werden durch abblockende Maßnahmen der EVUs nicht für die Stromerzeugung verwertet, sondern ungenutzt an die Umwelt abgegeben[18]. Die RWE wurde deswegen schon vom Bundeskartellamt gerügt[39a], jedoch ohne großen Erfolg. **Die hierbei verschleuderten Energiemengen betragen ungefähr das doppelte der z.Zt. durch Atomspaltwerke erbrachten Brutto-Leistung und ein Vielfaches der Netto-Leistung** (Leistung nach Abzug der Energieverbrauchs für Errichtung, Betrieb und Beseitigung der Folgen).

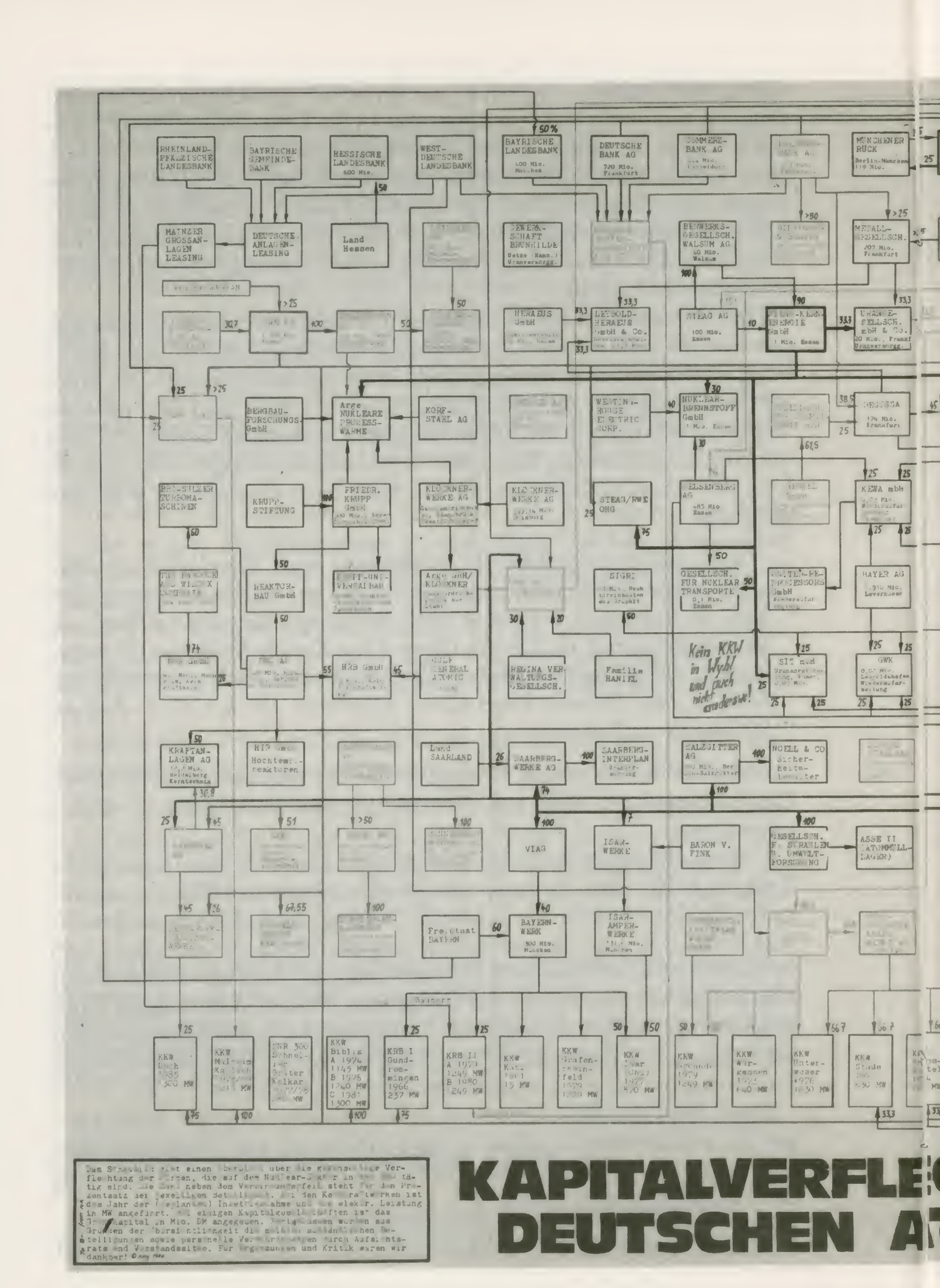
Die Nichtausnutzung vorhandener und bereits bezahlter Erdgasmengen wurde bereits erwähnt. In die gleiche Rubrik gehört die Nichtausnutzung vorhandender Kohlekraftwerke sowie der Kohlemengen, die unter erheblichen Kosten auf Halde gelegt werden – 1978 über 30 Millionen Tonnen Steinkohle, in den folgenden Jahren in ähnlicher Größenordnung –, während gleichzeitig Kohle aus dem Ausland bezogen wird und die Ölmultis längst in Kohle investieren. Hierzu ein Zitat aus der *Welt* vom 6.2.1978:

»In Australien schürft Shell Development nach Kesselkohle, in Südafrika fördert Shell Coal festen Brennstoff mit niedrigem Schwefelgehalt, in Indonesien erschließt Shell Mijnbouw Südsumatra-Kohle, in Belgien verwertet Shell in der Firma Ryan Europe Kohle aus Abraumhalden, die in Kraftwerken zu Elektrizität wird, in Nordamerika hat Shell in fünf Staaten Lagerstätten gepachtet, die 2,5 Mrd. Tonnen Steinkohle enthalten.«

Ausführlich wird in dem Zeitungsartikel der *Welt* auch berichtet, welche Anstrengungen Shell zur Vermarktung und Verwertung der Kohle unternimmt.

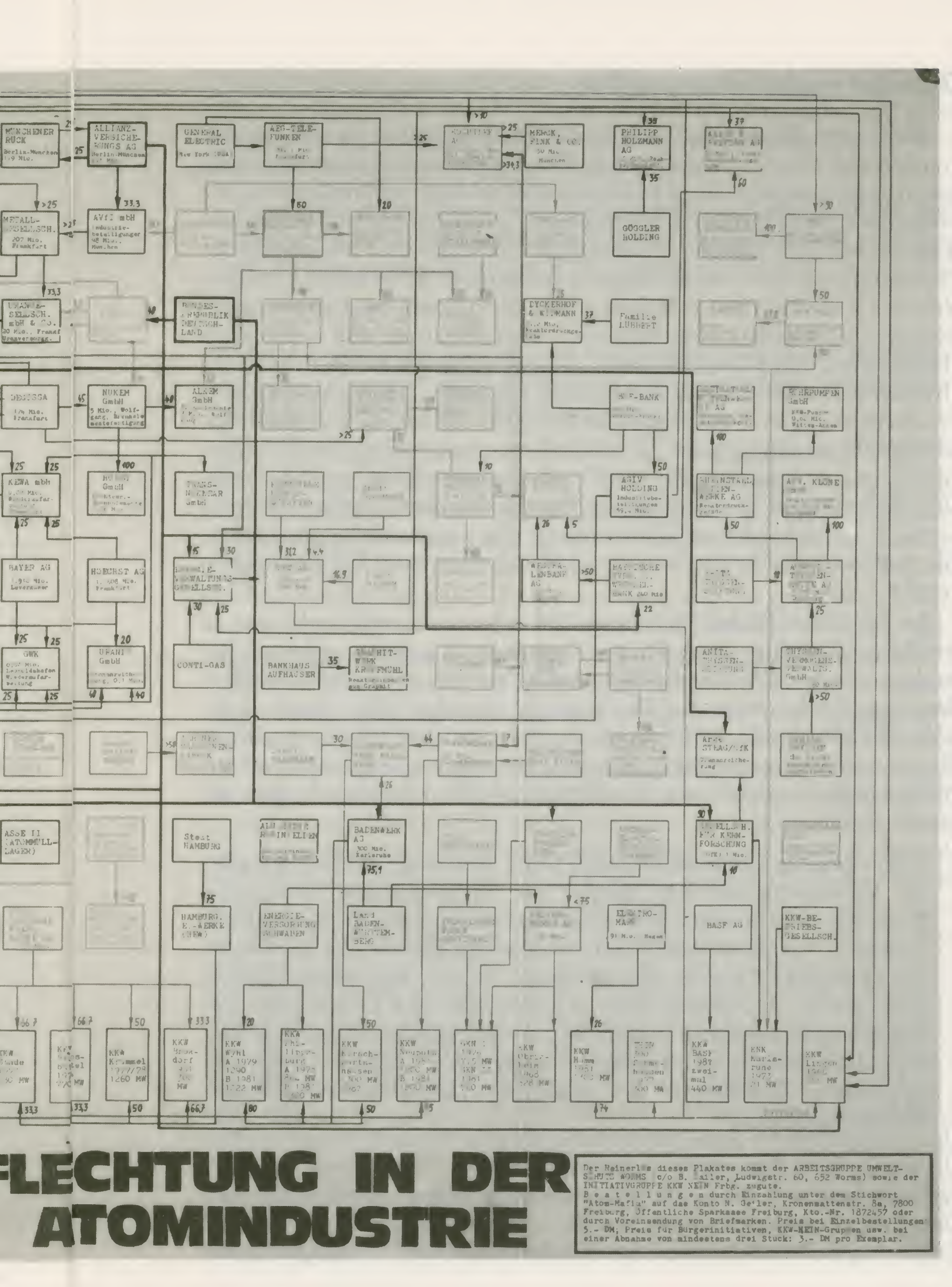
Unter Zahlung hoher Prämien wurden in den sechziger Jahren große Teile der heimischen, meist mit modernsten technischen Mitteln ausgerüsteten Kohlegruben zerstört, obwohl die heimische Kohle vorerst das einzige Mittel gewesen wäre, um uns auf dem Energiesektor unabhängig vom Ausland zu machen, und zwar auf Jahrhunderte![1] Aber alles deutet darauf hin, daß gerade dieser Umstand maßgebend für die Zerstörung der Kohlengruben gewesen war, was dann irreführend Zechenstillegung genannt wurde, tatsächlich aber in der Richtung der nach 1945 stattgefundenen Demontagepolitik der Siegermächte lag.

Der Kampf und Widerstand von Staat, Großindustrie und Banken gegen die nichtmonopolisierbare Form der Nutzung von Wind- und Sonnenenergie liegt auf der gleichen Ebene. Das wird bereits in der Verteilung der Forschungsgelder deutlich[39b].



Das S[illegible] gibt einen [illegible] über die gegenseitige Verflechtung der [illegible], die auf dem Nuklear-Sektor in der BRD tätig sind. Die Zahl neben dem Verbindungspfeil steht für den Prozentsatz der jeweiligen Beteiligung. Bei den Kernkraftwerken ist das Jahr der (geplanten) Inbetriebnahme und die elektr. Leistung in MW angeführt. Bei einigen Kapitalgesellschaften ist das Grundkapital in Mio. DM angegeben. [illegible] wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die meisten ausländischen Beteiligungen sowie personelle Verflechtungen durch Aufsichtsrats- und Vorstandssitze. Für Ergänzungen und Kritik wären wir dankbar!

KAPITALVERFLE
DEUTSCHEN A



FLECHTUNG IN DER
ATOMINDUSTRIE
ALLIANZ-VERSICHERUNGS AG
GENERAL ELECTRIC
New York (USA)
AEG-TELEFUNKEN
MERCK, FINK & CO.
PHILIPP HOLZMANN AG
METALL-GESELLSCH.
207 Mio. Frankfurt
GÖGGLER HOLDING
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DYCKERHOFF & WIDMANN
Familie LUBBERT
DEGUSSA
NUKEM GmbH
ALKEM GmbH
KEWA mbH
TRANSNUKLEAR GmbH
AGIV HOLDING
Industriebeteiligungen
BAYER AG
HOECHST AG
GWK
URANIT GmbH
CONTI-GAS
BANKHAUS AUFHÄUSER
ASSE II (ATOMMÜLL-LAGER)
Staat HAMBURG
BADENWERK AG
300 Mio. Karlsruhe
HAMBURG. E.-WERKE (HEW)
ENERGIE-VERSORGUNG SCHWABEN
Land BADEN-WÜRTTEMBERG
ELEKTROMARK
BASF AG
KKW-BETRIEBS-GESELLSCH.
KKW Krümmel 1977/78 1260 MW
KKW Philippsburg
KKW Neupotz
KKW Obrigheim 1968 328 MW
KKW BASF 1987 zweimal 440 MW
KKW Lingen
KNK Karlsruhe
Der Reinerlös dieses Plakates kommt der ARBEITSGRUPPE UMWELT-SCHUTZ WORMS (c/o B. Sailer, Ludwigstr. 60, 652 Worms) sowie der INITIATIVGRUPPE KKW NEIN Frbg. zugute.
B e s t e l l u n g e n durch Einzahlung unter dem Stichwort "Atom-Mafia" auf das Konto N. Seiler, Kronenmattenstr. 8a, 7800 Freiburg, Öffentliche Sparkasse Freiburg, Kto.-Nr. 1872457 oder durch Voreinsendung von Briefmarken. Preis bei Einzelbestellungen 5.- DM; Preis für Bürgerinitiativen, KKW-NEIN-Gruppen usw. bei einer Abnahme von mindestens drei Stück: 3.- DM pro Exemplar.

2.5. *Die große Verschwendung*

In unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben haben die künstlichen, verdeckt bis offen naturwidrigen und damit lebensfeindlichen Kreisläufe überhandgenommen. Diese Kreisläufe sind auf ihrer materiellen Seite vor allem gekennzeichnet durch übermäßigen Verbrauch von Rohstoffen und Energie mit gleichzeitiger Belastung des Lebens durch verschiedenste Schadstoffe und Einschränkungen. In krebsartiger Weise entwickeln diese falschen Kreisläufe immer weitere Auswucherungen, einen immer ungezügelter wachsenden wirtschaftlichen, administrativen und technischen Parasitismus und Monozentrismus. Zugleich drängen sie die damit konfrontierten Menschen zu diktatorischen Lösungen, um die auseinanderwuchernden Teile in eine Einheit zu zwingen, was natürlich oft mißlingt, da diese Entwicklung nicht von echten Lebensnotwendigkeiten her organisiert ist, sondern entweder von Gesichtspunkten lebens- und freiheitsfeindlicher Macht- und Profitmaximierungen auf der Grundlage des herrschenden Bodenrechts und Zinssystems, oder vom Bedürfnis degenerierter Systeme zu mehr oder weniger ziellos ungehemmter Selbstreproduktion.

In der Öffentlichkeit behauptet die stromerzeugende Industrie, es müßte auch künftig mit erheblichen Zuwachsraten im Stromverbrauch gerechnet werden. Die Angaben schwanken zwischen 5 und 8 %. In einer internen Studie kam die *Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW)* jedoch schon 1975 zu dem Ergebnis, daß der Haushaltsbedarf an Strom **nur noch geringfügig, bis in die achtziger Jahre abflachend auf 1,5 % jährlich,** steigen wird. Noch aufschlußreicher ist folgender Satz aus dieser Studie:

> »*Ohne gezielte Kundeninformation* [d.h.: Werbung zum Zweck weiterer Verbrauchssteigerung] *dürfte jene energiepolitisch erwünschte Nachfrage der Haushalte nach Elektrizität möglicherweise das geplante Ausmaß . . . nicht erreichen. Für die Elektrizitätswirtschaft scheint uns das wesentliche Ergebnis dieser Prognose zu sein, daß quantifizierbar geworden ist, in welchem Maße in den kommenden Jahren eine Umschichtung des jährlichen Zuwachses von Haushaltsstrom ohne Heizung auf Haushaltsstrom mit Heizung zu erfolgen hat, damit die langfristig eingeplante Zuwachsrate des gesamten Haushaltsstromverbrauchs Marktresultat ist.*«[40]

Das heißt nichts anderes: durch **planmäßige Verführung zu Verschwendung** soll der Stromverbrauch so gesteigert werden, daß »*die langfristig eingeplante Zuwachsrate . . . Marktresultat ist.*«

Zu diesem Zweck wirbt die Stromindustrie für den Kauf möglichst vie-

ler Elektrogeräte, vor allem aber von elektrischen Raumheizungen. So heißt es schon 1973 in der Zeitschrift *Elektrizitätswirtschaft* unter dem vielsagenden Titel: »Mittelfristige Aussichten der allelektrischen Versorgung unter Berücksichtigung des Markts«:

> *»Es mußten daher schnell neue Absatzmärkte geschaffen werden, die eine bessere Ausnutzung* [der geschaffene Überkapazitäten] *garantieren. So kam es zu elektrischen Raumheizungen.«*[41]

Und an anderer Stelle:

> *»Durch die Beschäftigung mit der Raumheizung ergab sich eine Konkurrenz zu anderen Heizenergiearten, und so stand die Elektrizitätswirtschaft erstmalig vor Marketingaufgaben.«*[41]

Der Vorstandssprecher der *Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK)* belegte mit seinen Ausführungen auf der Jahreshauptversammlung am 10.5.1979, daß diese Situation immer noch aktuell ist, daß es also der Elektrizitätswirtschaft darum geht, für mehr Stromverbrauch zu werben[42].

Es kam sogar zu einem Rechtsstreit, in dem geklärt werden sollte, ob die Stadt Krefeld Strom aus Industrieanlagen und der städtischen Müllverbrennung sinnvoll nutzen darf. Gegner der Stadt Krefeld war ausgerechnet der mächtigste Stromgigant in der Bundesrepublik, die *RWE*[43].

Offensichtlich ist eine volkswirtschaftlich sinnvolle und entsprechend dem Energiewirtschaftsgesetz billige Stromversorgung nicht das Ziel des EVUs. Wie ist es denn sonst zu erklären, daß trotz Erkenntnis der zu erwartenden geringen Steigerungsraten im Stromverbrauch riesige Überkapazitäten geschaffen werden, die dann brachliegen, also lediglich Kosten verursachen? Und wie ist es denn sonst zu erklären, daß die Nutzung der bereits vorhandenen Industrieabwärme sabotiert wird, obwohl diese Nutzung volkswirtschaftlich gesehen absoluten Vorrang haben müßte, da sie keine zusätzliche Umweltbelastung, keinen weiteren Verbrauch von Energieträgern und nur verhältnismäßig geringfügige Mehrkosten mit sich bringen würde? Fast die Hälfte der gesamten Stromerzeugung könnte damit gedeckt werden! Und wie kommt es denn, daß Abwärme aus stromerzeugenden Kraftwerken in einem Umfang, der ungefähr dem Heizungsbedarf aller Wohnungen der Bundesrepublik entspricht[43], ungenutzt, also sinnlos an die Umwelt abgegeben wird, daß riesige Erdgasmengen bestellt und bezahlt, aber nicht abgenommen werden, daß der Stromverbrauch von Großabnehmern stark subventioniert und damit die Stromverschwendung angeheizt wird, daß Milliarden und Abermilliarden in eine Technik, die Atomspalttechnik, investiert werden, die höchst gefährlich ist und, wenn überhaupt, dann nur wenig Energieüberschuß liefert? Wie kommt es schließlich, daß von den Regierungen

zwar Energiesparprogramme entworfen, diese Entwürfe aber völlig verwässert und die Verwässerungen dann obendrein kaum verwirklicht werden?[44]

Wir stehen vor der Tatsache einer unglaublichen gewissenlosen Verschwendung. Verschwendung ist

- ☐ der Bau von riesigen, ungenutzten Kapazitäten,
- ☐ der weitgehende Verzicht auf die Nutzung der Industrieabwärme,
- ☐ der weitgehende Verzicht auf die Nutzung der Kraftwerksabwärme,
- ☐ der Kauf von Erdgas, das entweder nur teilweise entgegengenommen und verbraucht oder unter staatlicher Subventionierung wieder exportiert wird,
- ☐ die Subventionierung der Großabnahme von Strom,
- ☐ die Investitionen in die Verwirklichung des Atomprogramms,
- ☐ die frühzeitige Stillegung vorhandener Kraftwerksanlagen.

Dazu kommt es zur Verschwendung von Energie

- ☐ durch eine energieverzehrende Überzentralisierung in Wirtschaft und Verwaltung,
- ☐ durch die sogenannte Wegwerfindustrie,
- ☐ durch übermäßige Reklame,
- ☐ durch mangelhafte Ausnutzung erzeugter Energien,
- ☐ durch weitgehenden Verzicht auf Recycling – und Rückhalteverfahren zur Einsparung von Rohstoff und Energien,
- ☐ durch weitgehenden Verzicht auf technisch organisierte Sparmaßnahmen (wie Einführung energiesparender Motoren, Maximalbegrenzer für Haushalte, Spitzenlastabwurf, Austausch nichtregenerierbarer durch regenerierbare Energiequellen) und schließlich
- ☐ durch Behinderung der Entwicklung einer Alternativtechnik für kleine Betriebe und private Haushalte auf der Grundlage regenerierbarer Primär- und Abfallenergien (Sonnenkollektoren, Windrotoren, Biogasanlagen u.a.m.).

Das alles kann doch nicht am Unverstand der Verantwortlichen liegen, höchstens am Unverstand derer, die sich solchen verbrecherischen Aberwitz gefallen lassen. Vordergründig liegt das offensichtlich am Streben des Kapitals nach Kapitalanlage, das umso gigantischer und verheerender wird, je mehr die Kapitalmengen durch die immer rascher steigenden Zinsgewinne anwachsen. Hauptsache, es wird über Kredite investiert, damit das vorhandene Kapital sich weiter verzinst; gleichgültig ist, ob die getätigten Investitionen volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Ja, je sinnloser, desto schöner, denn desto mehr muß man zusätzlich investieren, um das Sinnlose dann durch Sinnvolles in

Schach zu halten. Allein auf dem Energiesektor dürfte dieses Vorgehen in den letzten 20 Jahren zu einer Verschwendung, und das heißt u.a. zu einer Ausbeutung des Stromabnehmers und Steuerzahlers in Höhe von vielleicht 200–400 Milliarden DM geführt haben. Ob aber neben diesem leicht erkennbaren Profitstreben im Hintergrund noch ein anderes Streben steht, werden wir in den folgenden Abschnitten noch sehen.

3. ANMERKUNGEN ZUR KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE DER ATOMSPALTTECHNIK

Die Meinungen über die Wirtschaftlichkeit des sogenannten »friedlichen Atomprogramms« gehen weit auseinander. Der offizielle Standpunkt stützt sich auf Untersuchungen, von denen Kritiker behaupten, das vorgelegte Zahlenmaterial sei recht zweifelhaft. Darüber hinaus beschränken sich diese Untersuchungen auf eine betriebswirtschaftliche Analyse.

Es ist hier nicht der Ort, eine eigene Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen. Das läge zu sehr abseits vom Thema dieses Buches. Es ist jedoch erforderlich, einige Einwände von grundsätzlicher Bedeutung anzuführen:

Jede betriebswirtschaftliche Analyse ist einseitig. Sie vermittelt bestenfalls ein Bild, wonach der Betriebsinhaber den wirtschaftlichen Wert abschätzen kann, den der Betrieb für ihn selbst besitzt. Da aber kein Wirtschaftsunternehmen isoliert von seiner Umwelt betrieben werden kann, sind zum Zweck der Ermittlung des wahren Werts nicht nur der Nutzen und die Kosten für den Betriebsinhaber sondern auch für die Allgemeinheit zu berücksichtigen, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem sondern auch auf biologischem, rechtlichem, kulturellem und politischem Gebiet. Neben dieser Forderung nach einer ganzheitlichen Betrachtungsweise muß aber noch eine zweite Forderung erfüllt werden: Die Forderung nach Anwendung eines Wertmaßstabes, der den Grundsätzen einer sittlich gestalteten Wirtschaft entspricht, d.h. eine Wirtschaft, die nicht nur dem Namen nach, wie die heutige, sondern tatsächlich auf dem Boden einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung steht. Eine derartige Wirtschaft hat vorrangig jene Güter zu liefern, die das Volk braucht, um sein Überleben zu sichern. Darüber hinaus hat in ihr die Produktion, der Vertrieb und der Verkauf sämtlicher erzeugter Güter so zu erfolgen, daß hierdurch ein Höchstmaß an Freiheits- und Gerechtigkeitsentfaltung für den Einzelnen und für das Volk gewährleistet ist, keine gesundheits- und lebensschädigenden Schadstoffe freigesetzt und die

vorhandenen Rohstoffe und Arbeitskräfte so sparsam wir möglich und nicht zum Zwecke der Ausbeutung genutzt werden.

Heutzutage ist es unter den herrschenden Kreisen völlig unüblich, von dem soeben dargelegten Standpunkt aus die Tätigkeiten eines Unternehmers zu beurteilen, obwohl das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Heute wird mehr oder weniger vom **Standpunkt privaten Gewinn- und Machtstrebens** aus gewertet. Das hat u.a. zur Folge, daß der Öffentlichkeit der Blick für den wahren Wert einer bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeit getrübt wird, wenn er nicht sogar von interessierter Seite aus bewußt verstellt oder manipuliert wird. Dadurch werden aber vielfach Tätigkeiten, die eigentlich als sinnlos oder schädlich zu bewerten wären, als »nützlich« oder »notwendig« eingestuft. Das wirkte sich nirgendwo verheerender aus als bei der Bewertung des sogenannten »Atomprogramms«.

Die Bewertung hätte zu beginnen mit der Frage: Ist das von dieser Wirtschaftsweise geschaffene Gut (elektrischer Strom) überhaupt erforderlich? Wie ich bereits zeigte, ist es das keineswegs. Doch gesetzt den Fall, es wäre dies doch, dann hätte die nächste Frage zu lauten: Greift diese Wirtschaftsweise stärker oder weniger stark als die bisherige Form der Produktion in die Rechte Dritter und die Rechte des Volkes ein? Wie sich nachher noch zeigen wird, muß auf diese Frage eine besonders negative Antwort erteilt werden. Doch erst, wenn sie positiv beantwortet werden könnte, dürfte die Frage nach der Wirtschaftlichkeit gestellt werden. Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit steht aber bei unserer überwiegend materialistisch eingestellten Gesellschaft meist nicht an dritter sondern an erster Stelle. Trotzdem oder gerade deswegen unterliegt ihre Beantwortung auch oft den gröbsten Irrtümern und Manipulationen. Nachfolgend zähle ich die wichtigsten Kostenfaktoren auf, die gemeinhin in der wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse des »friedlichen Atomprogramms« unbeachtet bleiben oder vertuscht werden, soweit diese Analyse von »verantwortlicher« Seite in dem hier betrachteten Musterfall vorgenommen wird. Es zeigt sich hierbei besonders eindringlich, in welch beängstigendem Umfang **großindustrielle Produktionsmethoden auf den verschiedensten Gebieten eine kaum mehr übersehbare Fülle verschiedenster Kostenfaktoren auf Rechnung der Allgemeinheit erzeugen und sich dadurch, werden alle Faktoren beachtet, als völlig unwirtschaftlich, unsinnig und ausbeuterisch erweisen.**

3.1. Die sogenannte *Kernforschung* und andere *Teile des atomtechnischen Kreislaufs* werden vom Staat mit vielen Milliarden DM subventioniert. Die Energiewirtschaft, besonders die atomtechnische, gehört zu den am stärksten subventionierten Wirtschaftszweigen[45].

„Kernenergie ist unwirtschaftlich"

Bericht eines Komitees des US-Kongresses / Scharfe Kontroversen

Das „Komitee für Regierungsangelegenheiten des Repräsentantenhauses" im amerikanischen Kongreß weist in einem Anfang Mai vorgelegten Bericht energisch die Behauptung zurück, daß Kernenergie eine billige Form der Energie sei. Diese Behauptung stimme nur dann, wenn alle „verborgenen Kosten" dabei vernachlässigt würden. In seinem Bericht heißt es dazu: „Entgegen dem weitverbreiteten Glauben ist die Kernenergie nicht mehr eine billige Energiequelle." Sie könne sich „faktisch als viel teurer erweisen als konventionelle Energiealternativen, wie etwa Kohle, wenn die noch unbekannten Kosten der Handhabung der radioaktiven Abfälle und des verbrauchten Kernbrennstoffs, der Stillegung und der ständigen Überwachung der Kraftwerke in die Berechnungen mit einbezogen werden". Die Kernenergie könne sich dabei sogar als nicht wettbewerbsfähig gegenüber den sicheren erneuerbaren Energiequellen, wie der Sonnenstrahlung, erweisen.

Der Bericht weist besonders darauf hin, daß trotz der anfänglich sehr raschen Zunahme der Kernkraftwerke seit Beginn der 70er Jahre eine Reihe von wirtschaftlichen, technischen und Sicherheitsproblemen zu einem starken Rückgang der Aufträge geführt habe.

Der Bericht des Komitees stützt sich auf die Anhörungen, die sein „Unterkomitee für Umwelt, Energie und Naturschätze" im letzten Herbst veranstaltet hat. Er weist darauf hin, daß die Baukosten für Kernkraftwerke zehnmal schneller angewachsen seien als die für Ölkraftwerke, daß bei Kernkraftwerken Kostenüberziehungen bis zu 267 Prozent für eine Anlage vorgekommen seien, daß die verborgenen Kosten — wie die öffentlichen Mittel für die Kernenergieforschung und -entwicklung, die beschränkte Haftung und Versicherung und die Kosten für das „schwarze Ende" des Brennstoffzyklus — nicht auf die Stromkosten aufgeschlagen würden. Die Schätzung der Kosten für die Ablagerung der militärischen Nuklearabfälle habe sich aber von 2 auf 20 Milliarden Dollar erhöht.

Der Bericht des Komitees hat zu harten Kontroversen im Kongreß geführt. Eine Reihe von seinen Mitgliedern habe seine abweichenden Ansichten dazu geäußert. Andere Abgeordnete werfen ihm eine oberflächliche wissenschaftlich-technische Betrachtung vor. Sein ganzer Tenor sei antinuklear. R.

FAZ, 24.5.78

3.2. Die *Finanzierung* durch fremdes Kapital (Kredite) ist bei Atomspaltwerken steuerbegünstigt (mit 5%)!

3.2.1. Durch die Steuerbegünstigung erfährt der Staat einen beträchtlichen *Steuerentzug*, den er durch Steuererhöhungen auf anderen Gebieten ausgleichen muß.

3.2.2. Die durch die Steuerbegünstigung nicht gedeckten Kosten für *Fremdkapitalfinanzierung* werden dem Stromabnehmer belastet. Diese Belastung liegt höher als bei Eigenkapitalfinanzierungen. Die Großbanken sind hier die eigentlichen Gewinner ohne großes Risiko (selbst bei Stillegung von Atomspaltwerken aus Gründen des Lebensschutzes dürfte für die Banken kein Verlust eintreten, da die Verluste von den Stromabnehmern über den Strompreis zu tragen sind).

3.2.3. Da Atomspaltwerke lange *Kapitalrückflußzeiten* aufweisen, ist bei diesen der Anteil der *Zinsbelastungen* in der wirtschaftlichen Gesamtbelastung besonders hoch. Es ist sogar denkbar, daß der Zins durch die Länge der Rückflußzeiten die gesamte betriebswirtschaftliche Rendite auffrißt, insbesondere in Zeiten einer Hochzinspoltik, wie wir sie derzeit erleben.

3.3. Die Errichtung von Atomspaltwerken und die damit gekoppelte Errichtung oder Erweiterung einer den Stromverbrauch sichernden Großindustrie zieht eine Reihe von *wirtschaftlichen Belastungen* nach sich, die nicht von der Großindustrie getragen werden, sondern vom *Staat* und vielen *einzelnen Betroffenen:*

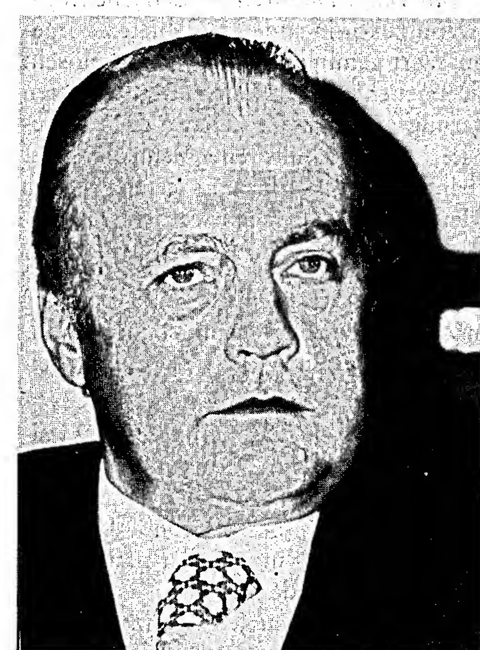
3.3.1. Es kommt zu *Gesundheits- und Erbanlagenschäden* einerseits durch radioaktive Schadstoffe aus Atomanlagen und andererseits durch nichtradioaktive Schadstoffe aus Folgeindustrien. Außerdem kommt es zu *Gesundheitsschäden* durch Lärm, Hast u.a. sowie durch Verminderung der natürlichen Grundlagen der Gesunderhaltung (Qualitätsminderung von Luft, Wasser, Boden, Wald, der land- und gartenwirtschaftlichen Nahrungserzeugung und der Harmonie der Landschaft, der Nahrungskette Boden-Pflanze-Tier-Mensch, der natürlichen Kreisläufe und des Klimas).

Die *Gesundheitsgefährdung* erfordert vermehrte Ausgaben für Versuche zur *Gesunderhaltung* bzw. *Gesundheitsvorsorge;* eingetretene Gesundheitsschäden zwingen zu *Ausgaben für ärztliche Behandlung* u.a.m.

Es kommt in diesem Bereich zu folgendem »Kreislauf«: Ausbeutung der Arbeitsleistung des gesunden Menschen, »Verdienen« an der Krankmachung des Menschen, »Verdienen« an der ärztlichen Behandlung des krankgemachten Menschen, »Verdienen« an der Tötung des Menschen (Kriegsindustrie, Bestattungsindustrie, Einsparung von Rentenzahlungen



Prof. Dr. H. Mandel führte das größte Deutsche Elektrizitätunternehmen, die *RWE*, in die Arme der Plutoniumvereinigung.



Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der *VEBA* und Aufsichtsratsvorsitzender der *NKW*.

u.a.m.). Außerdem kommt es bei Unfällen noch zu folgendem zweiten »Kreislauf«: Da der Staat bei Unfällen überwiegend für die Beseitigung der Schäden aufkommt (haftet), sieht das verordnete »Restrisiko« so aus, daß der Bürger gleich dreifach zur Kasse gebeten wird: Als Verbraucher (Stromabnehmer), als Steuerzahler (für Subventionen, Steuervergünstigungen) und entweder als Nicht-Geschädigter (Wiedergutmachtungsmaßnahmen für Geschädigte mit Steuergeldern und Krankenkassenbeiträgen) oder als Geschädigter (unvollständige Wiedergutmachung).

3.3.2. Die *Ansiedlung von Industrie* wird staatlicherseits *subventioniert* (Zuschüsse, Steuererleichterungen, verbilligtes Bauland u.a., z.B. im Bereich des Atomspaltwerks Brunsbüttel in Höhe von mehreren Milliarden DM).

3.3.3. Es entstehen bei jeder Industrieansiedlung erhebliche Folgekosten durch Errichtung von Wohnungen, Straßen, Eisenbahnen, Wassernetz, Kanalisation, Schulen, Krankenhäusern, Verwaltung u.a.m., die weitgehend von der Gemeinschaft und nicht von der Industrie aufgebracht werden müssen (sogenannte öffentliche *Infrastrukturinvestitionen).*

3.3.4. Die Industrialisierung eines zuvor wenig industrialisierten Gebietes erzeugt eine *Bevölkerungswanderung.* Dadurch werden jene Infrastrukturinvestitionen, die irgendwann zuvor in anderen Gebieten vorgenommen worden waren, in ihrem Wert gemindert oder gar ausgelöscht (sichtbar z.B. in Fabrikruinen, leerstehenden Wohnungen, aufgelösten Schulen, Umsiedlung von Zulieferungsindustrie und Dienstleistungsbetrieben, außerdem in teilweiser materieller und kultureller Verarmung der zurückbleibenden wie der umsiedelnden Bevölkerung). Es treten dadurch also *Verluste* auf, die nicht von der Industrie getragen werden.

3.3.5. Es werden die *natürlichen Hilfsquellen* des Standorts und des Umlandes (Luft, Wasser, Boden, Wald, Naturschönheit [von Bedeutung vor allem für den Fremdenverkehr] u.a.m.) von der neuaufgebauten Industrie genutzt, vermindert oder teilweise bis völlig zerstört, wodurch weitere *Verluste* auftreten.

☐ Die natürlichen Hilfsquellen werden bereits von den bisher ansässigen Wirtschaftzweigen und Menschen genutzt. Dadurch entsteht ein Interessenwiderspruch, der vorweg zugunsten der neu hinzukommenden Großindustrie entschieden ist. Aber diese Einschränkung bis Aufhebung der lokalen Ansprüche an die Nutzung der natürlichen Hilfsquellen wird von jener Industrie nicht oder nur wenig entgolten, was praktisch Enteignung bedeutet, und zwar jedes einzelnen Bewohners des betroffenen Gebietes, denn jeder trägt in irgendeiner

Kernkraft-Aktien waren gefragt

HANDELSBLATT, Mittwoch, 9. 11. 1977

lf. FRANKFURT. An den deutschen Wertpapierbörsen standen am Mittwoch bei insgesamt nicht einheitlicher Aktienkursentwicklung die Werte von Unternehmen im Mittelpunkt des Geschäfts, die in irgendeiner Weise im Kernkraftwerks-Bereich engagiert sind. Den Anstoß dazu gaben zweifellos die Beschlüsse des FDP-Parteitages und die Erklärungen des DGB. Aktien wie BBC, KSB, Badenwerk, RWE und HEW konnten sich gut verbessern. Am stärksten beachtet wurden aber Siemens, zumal das Unternehmen gleichzeitig auch noch eine unveränderte Bardividende angekündigt hatte, über die sich insbesondere die ausländischen Anleger freuen dürften, die mit keiner Steuerbescheinigung rechnen können. Die Siemens-Aktie befestigte sich um mehr als 3 DM. Die Spitzenpapiere der Chemie konnten sich dagegen ebensowenig halten wie Kaufhaus- und Bankwerte. Die zuletzt stark gedrückten Lufthansa erholten sich deutlich. Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung wieder gebessert, da die Börse mit einem guten Erfolg des Schatzanweisungen-Tenders rechnet und hofft, daß der Bund den Kapitalmarkt in diesem Jahr nicht mehr in Anspruch zu nehmen braucht. (Ausführliche Berichte s. „Geld und Kredit" sowie „Finanzzeitung").

Handelsblatt, 10.11.77

In den „Vertraulichen" fanden Sie wiederholt Hinweise auf eine Angebotsreihe zur steuergünstigen Beteiligung an der Uranerschließung in Nordamerika. Uranfunde werden auch bereits „im Boden" gehandelt. Dadurch erzielt der Entdecker in geeigneten Fällen hohe Verkaufserlöse binnen kurzer Frist, statt noch erhebliche Investitionen für Bergwerkseinrichtungen aufwenden zu müssen und erst später nur nach und nach Einnahmen zu realisieren.

Im Rahmen der 1. Tranche der erwähnten Angebotsreihe wurde jetzt ein Teil eines Uranfundes (seinerseits wiederum nur ein Teil der Funde dieser Tranche) „im Boden" verkauft. Die Geldanleger (unter ihnen viele unserer Leser) erhielten dadurch vorige Woche eine Ausschüttung in Höhe von 41% (!) ihrer Zeichnungssumme. Die Zeichnung erfolgte erst vor ca. 2 1/2 Jahren, die letzte Einzahlung sogar erst vor ca. 1 Jahr. Obendrein wurden im Einzahlungszeitraum Minderungen der Einkommensteuer erzielt, die je nach persönlicher Steuersituation die gesamten Einzahlungen weit überstiegen.

Das jetzt aktuelle Angebot der Reihe beinhaltet steuerlich abzugsfähige Beträge von ca. 235%. Dazu folgende Beispielsrechnung für eine Beteiligungssumme von 10.000 DM:

		59%	50%	45%
1: Steuerbelastung des Geldanlegers				
2. Beteiligungssumme inkl. 5% Agio	DM	10.500	10.500	10.500
3. Steuer-Ermäßigung durch steuerlich abzugsfähigen Betrag von DM 23.500 (= 235% von DM 10.000)	DM	13.865	11.750	10.575
4. Liquiditätsüberschuß (Ziff. 3 abzügl. Ziff. 2)	DM	3.365	1.250	75

Die wirtschaftliche Ausgangslage für das demnach mit hohen Liquiditätsüberschüssen zu finanzierende Engagement ist noch günstiger als bei der ersten Tranche: Die deutsche Gruppe, die Ihre Beteiligung aufnimmt, ist inzwischen zum zweitgrößten Uranexplorationsunternehmen Nordamerikas mit über 60 Konsortialpartnern und entsprechend umfassendem know-how avanciert. Auf Abruf erhalten Sie kostenlos näheres Material.

Vertrauliche Mitteilungen, 27.4.79, S. 4

Form die Folgelasten des Aufbau einer derartigen Industrie mit, insbesondere werden dadurch *die wirtschaftlichen Grundlagen der altansässigen Wirtschaftszweige* (z.B. Landwirtschaft, Handwerk, Fremdenverkehr, Badeortbetrieb, Trinkwasserentnahme) *beschnitten, verteuert bis zerstört.*

☐ Auch wird die verhältnismäßig große Selbständigkeit und Stabilität in ländlichen Gebieten durch Aufbau einer größeren Industrie geschmälert; die wirtschaftliche *Abhängigkeit* von der Großindustrie und der von dieser geschaffenen Eigengesetzlichkeiten wird stark vermehrt. Wandern Teile der Großindustrie später ab oder wandeln sie ihre Produktionsziele, dann werden Teile der altansässigen und der neu angesiedelten Bevölkerung gezwungen, entweder *umzulernen, abzuwandern oder zu verelenden,* weil ihre beruflichen Fähigkeiten außer Kraft gesetzt werden. Auch hier entstehen also weitere Kosten.

☐ Es steigen die Kosten für *Wohnung, Essen, Trinken, Kleidung, Dienstleistungen.*

☐ *Die Bodenpreise steigen* ohne entsprechende Gegenleistung der Grundbesitzer; es wird dadurch eine ungerechtfertigte *Vermögensumverteilung* vorgenommen, zugleich werden dadurch die *Produktionskosten von Wirtschaftsgütern erhöht.*

☐ Die Kosten für die *Freizeitgestaltung* steigen durch die Verminderung und die zunehmende Vermarktung der natürlichen Hilfsquellen und den gleichzeitig erzeugten Bedarf an Ersatzquellen, wie z.B. Vergnügungsstätten, Vergnügungs-, Erholungs- und Badereisen.

☐ Die Anzahl der *Seelenschädigungen* und der *sozialen Zerrüttungen* durch Entwurzelung, Entfremdung, Milieu- und Erbgutverschlechterung, Zunahme von Krankheiten u.a.m. wächst und damit wachsen auch deren wirtschaftliche Folgen.

☐ Die *Kriminalität* nimmt zu und damit vermehren sich die von ihr verursachten Schäden und die Kosten zu ihrer Bekämpfung.

3.4. Nur ein *Bruchteil* der *erzeugten Atomspaltenenergie* wird in wirtschaftlich nutzbare Energie umgewandelt, der Rest bleibt wirtschaftlich ungenutzt, stört aber den Wärmehaushalt der Umgebung.

3.5. Die *Uranförderung* und die technisch sehr aufwendige *Herstellung von Kernbrennstoff* verbrauchen sehr viel Energie. Berücksichtigt man den sonstigen Energieverbrauch, der durch die Atomspaltindustrie verursacht wird (Energieverbrauch bei der Errichtung und dem Abbruch von Atomspaltwerken, bei der Müllwartung während vieler tausend Jahre, bei der Vollziehung der nötigen Infrastrukturmaßnahmen u.a.m.), berücksichtigt man außerdem, daß Atomspaltwerke häufig aufgrund von Stö-

rungen nur begrenzt gefahren werden können oder für einen bestimmten Zeitraum ganz ausgeschaltet werden müssen, daß eine beträchtliche Zahl inzwischen sogar schon stillgelegt werden mußte, berücksichtigt man schließlich, daß die Uranbrennstoffvorkommen wahrscheinlich nur wenige Jahrzehnte reichen werden, dann ist zu fragen, ob Atomspaltwerke überhaupt geeignet sind, einen Energieüberschuß zu produzieren und darum bereits *vom Standpunkt der Energieerzeugung* her sinnvoll produktiv anstatt *parasitär* arbeiten können.

3.6. Die Kosten für die *Uransuche* im Ausland seitens deutscher Firmen wurden bis vor kurzem, vielleicht auch noch jetzt, zu 80% vom Staat getragen.

3.7. Atomspaltwerke werden spätestens nach 20–30 Jahren unbrauchbar. Sicherer *Abbau* kostet, vor allem wegen der damit verbundenen Gefahr einer radioaktiven Verseuchung, vielleicht mehr noch als ihr Aufbau.

3.8. Die Bewachung und Wartung der *Atommüll-Lagerstätten* belastet die Wirtschaft und staatliche Verwaltung über Tausende von Jahren.

3.9. In Zusammenhang mit der Forderung nach einem ständig steigenden Energieangebot ist zu beachten, daß ein beträchtlicher Teil der Industrieproduktion und Haushaltstechnik, die dieses Angebot verwertet, *Verschwendung* darstellt und darum mindestens teilweise eingespart werden könnte.

3.10. Die geschaffenen *Überkapazitäten* auf dem Gebiet der Stromerzeugung sind ebenfalls in die Kostenrechnung aufzunehmen.

3.11. Der Gemeinschaft erwachsen durch Industrialisierung, besonders auf atomtechnischem Gebiet nicht nur Kosten für Infrastrukturinvestitionen, sondern auch erhebliche *Mehrkosten für Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung*.

3.12. Um Atomspaltwerke und Aufbereitungsanlagen vor Plutoniumdiebstahl, Terroranschlägen und Feindeinwirkung im Kriege zu schützen, sind ungeheuer aufwendige staatliche *Sicherungsmaßnahmen* zu ergreifen.

3.13. Die *Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenfall* trägt überwiegend der Staat (Bund, Länder, Gemeinden).

3.14. Ein großer *Reaktorunfall*, der durchaus im Bereich des Möglichen liegt, z.B. ein berstendes Reaktordruckgefäß oder ein Core-Schmelzen, bedeutet nicht nur eine *ungeheure Katastrophe für das gesamte Leben* im engeren und weiteren Umkreis des Reaktors sondern auch eine *wirtschaftliche Katastrophe*. Die finanziellen Folgen einer solchen Katastrophe werden durch Versicherungen nur sehr begrenzt aufgefangen, wobei der Staat auch noch fast 90% der Versicherungssume selbst aufbringt.

4. NEGATIVE ENERGIEBILANZ ODER PARASITÄRE PRODUKTION

(Darstellung durch Dipl. Ing. Richard Wahl)

Nachstehend stelle ich Auszüge aus der Untersuchung *Energiebilanz eines Kernkraftwerks mit 1200 MWE Leistung* von *Dipl. Ing. Richard Wahl* (Trier) zur Diskussion:

4.1. In der vorliegenden Energiebilanz habe ich beim Abbau der Erze für Eisen und Buntmetalle angefangen. Diese Erze müssen »zu Tage« gefördert werden. Da in der Bundesrepublik kaum noch derartige Erze gefördert werden, müssen sie aus anderen Ländern beschafft und dorthin transportiert werden, wo sie weiter verarbeitet werden. Dort muß das Eisenerz zunächst durch einen Reduktionsprozeß mit Koks und Sauerstoffzuführung (Winderhitzer) zu Roheisen geschmolzen werden. Das geschieht heute kaum noch in der Bundesrepublik Deutschland. Im Ruhrgebiet wurde kürzlich der letzte Hochofen stillgelegt. Die Firma *MAN* betreibt in Argentinien die *M.A.N.-Ferrostaal-Bauunion GmbH.* Unter der Federführung dieser Firma ging bereits im Februar 1973 im argentinischen Hüttenwerk *SOMISAN* ein Sauerstoff-Blasstahlwerk in Betrieb. Die Firma *Ferrostaal* liefert aus ihren über das ganze Bundesgebiet verteilten Lagern und Bearbeitungsbetrieben den Stahl für Großbauvorhaben im Bundesgebiet. Das gesamte Verfahren der Roheisen- und Stahlherstellung ist damit zusammen mit den Transporten so energieaufwendig, daß man unbedingt darauf aufmerksam machen muß. Die Veredelung des gewonnenen Roheisens zu hochlegiertem Stahl erfordert den Zusatz von Nickel, Molybdän und Chrom (22 NiMoCr 37). Auch die Veredelungsmetalle müssen aus dem Ausland herbeigeschafft und bearbeitet werden. Aus dem veredelten Stahl werden zunächst der Boden, die 5 Ringe und der Deckel des Reaktordruckgefäßes gegossen und durch spanabhebende Bearbeitung so weit fertiggestellt, daß die 5 Ringe mit dem Boden zu dem eigentlichen Druckgefäß zusammengeschweißt werden können. Auch dieses Verfahren ist hoch energieaufwendig. Nach dem Zusammenbau des Gefäßes erfolgt die Überprüfung des fertigen Gefäßes auf Dichtigkeit. Ist das Gefäß fertig, erfolgt der äußerst schwierige Transport vom Herstellungsbetrieb zum Standort des Werkes.

In ähnlicher Weise werden die 4 Dampferzeuger hergestellt. Sie haben je ein Gewicht von 300 Tonnen. In ihrem Innern sind 4000 U-förmige Stahlrohre mit 4500 Quadratmetern Oberfläche zu der Wärmeaustauschfläche verschweißt. Auch die Herstellung dieser Dampferzeuger ist mit einem hohen Aufwand an Energie verbunden. Das Gleiche gilt für die 4 Hauptkühlmittelpumpen und deren Antrieb. Die Pumpen haben eine

Förderhöhe von 93 m und einen Förderstrom von je 5000 kg/s. Die Antriebsleistung der Motore beträgt 8550 kW. Auch der für ihren Bau erforderliche Stahl und die Buntmetalle für die Motore werden in der geschilderten Weise gewonnen, bearbeitet und transportiert. Auch das Druckausgleichsgefäß und insbesondere die Rohrleitungen, mit denen die genannten Bauelemente untereinander verbunden sind, müssen in der gleichen Weise hergestellt werden. Die Rohrleitungen des Primärkreises haben einen Durchmesser von 80 cm. Sie werden bei der Montage miteinander verschweißt. Auch dazu werden große Mengen an Energie benötigt. Nicht zu vergessen ist das Jahr nach der Fertigstellung des Werkes, das für Probeläufe vorgesehen ist. In dieser Zeit sind alle Teile des Werkes in Betrieb, das Werk speist jedoch kaum Energie in das Netz. Die zum Betrieb der Teile, z.B. der Hauptkühlmittelpumpen, erforderliche elektrische Energie wird in dieser Zeit aus dem Netz genommen und muß bei der Energiebilanz berücksichtigt werden.

Unter Berücksichtigung all dieser Energieaufwendungen kommt man zu dem Ergebnis, daß für die Gewinnung, Herstellung, Veredelung, Bearbeitung, den Transport und die Montage einer Tonne Stahl ein Energieaufwand von 275 t SKE erforderlich ist. Dieser Wert wurde auch bei der Energiebilanz eingesetzt. Die Mengen und Gewichte der Bauteile gehen aus den der Bilanz beigefügten Fotokopien aus Unterlagen der Betreiber hervor.

Wie groß ist nun die Energiemenge, die aus dem Uran eines Kernkraftwerks gewonnen werden kann? Auch hier sollen die Erkenntnisse wieder auf die Werke Biblis A oder B bezogen werden. In Reaktoren dieses Typs wird 3 %iges Reaktoruran verwendet. Der Einsatz beträgt 100 t, das sind 100000 kg. Das Reaktoruran muß zunächst aus dem Natururan hergestellt werden. Diese Herstellung bezeichnet man als die Anreicherung von Natururan von Reaktoruran. Natururan besteht aus

99,3 % Uran-238 und 0,7 % Uran-235.

Uran -238 ist nicht spaltbar. Dennoch ist es ein Energieträger, denn aus ihm kann durch einen Konversionsprozeß (Umwandlung einer brütbaren in eine spaltbare Substanz, z.B. im *Schnellen Brüter*) in das spaltbare Plutonium-238 umgewandelt werden. Uran-235 ist durch langsame Neutronen spaltbar. Reaktoruran hat eine Zusammensetzung von

97 % Uran-238 und 3 % Uran-235.

Um aus Natururan Reaktoruran herzustellen, müssen von dem Natururan so viel Prozentanteile U-238 entfernt werden, daß der Rest mit den 0,7 % Uran-235 ein Verhältnis 97 : 3 bildet . . .

Diesen Vorgang bezeichnet man als die »Anreicherung« von Natururan. Zu diesem Vorgang werden höchste Mengen an elektrischer Energie



MORGENPOST * Donnerstag, 13. November 1980 5

Atomreaktoren verbrauchen mehr Strom als sie erzeugen

Ein nicht wiedergutzumachendes Verlustgeschäft?

Von Wolfgang Hain

Hamburg – „Atomstrom ist billiger als jede andere Form der Stromerzeugung. Steinkohle ist unrentabel geworden und alternative Energiequellen sind in absehbarer Zukunft nicht zu realisieren."

Mit diesen Argumenten ist es den Betreibern von Atomanlagen in der Vergangenheit immer wieder gelungen, ihre Behauptung vom unabhängigen Atomstrom im Gegensatz zum politisch labilen Erdöl unwidersprochen aufrechtzuerhalten.

Daran änderte auch nichts, als viele Faktoren diesen Argumenten widersprachen: So besteht beispielsweise in Hamburg mit dem größten Atomstrom-Anteil auch der höchste Strompreis. Die Kosten der Atomforschung mit rund 20 Milliarden Mark sind bei der Preisgestaltung nicht berücksichtigt. Aufwendungen für Atommüllagerung und Wiederaufarbeitung können zur Zeit nicht einmal annähernd geschätzt werden.

Bei redlicher Kalkulation würde sich bereits hier ein höherer Atomstrompreis ergeben als bei konventioneller Energieerzeugung.

Daß der Strom aus Atomenergie bereits jetzt „ein für die Gesellschaft nicht mehr wiedergutzumachendes Verlustgeschäft ist", hat der holländische Chemielehrer J. W. Storm von Leeuwen te Chaam in einer umfangreichen Untersuchung nachgewiesen, die in der Tageszeitung „Die Neue" veröffentlicht wurde.

Danach scheidet Atomenergie von vornherein als Alternative zum Erdöl aus, denn durch die Atommeiler kann lediglich Strom erzeugt werden. Aber Strom macht höchstens 25 Prozent des aktuellen Gesamtenergiebedarfs von Industrienationen aus.

Storm kritisiert, daß die Energie-Rohstoffe nicht nur nach freisetzbaren Energiemengen betrachtet werden können. Vielmehr müssen alle Aufwendungen für die Umsetzung eines Energieträgers in Strom aufsummiert werden. Und dabei haben alle Energierohstoffe – ob Kohle, Kernspaltung, Wasser und Wind – eines gemeinsam: Der Prozeß, bei dem sie in Strom umgesetzt werden, kostet selbst viel Energie.

Untersucht hat der holländische Chemiker Steinkohlefeuerung, die atomare Leichtwasserreaktortechnik (LWR) und die Brutreaktortechnik. Dabei ergibt sich bei der LWR-Technik eine negative Gesamtbilanz: es wird mehr Energie verbraucht als produziert.

So benötigt beispielsweise die Urananreicherungsanlage bei Tricastin in Frankreich die elektrische Energie aus zwei 1300 Megawatt-Kraftwerkblöcken.

Aber auch der von der Atomindustrie als „perpetuum mobile" gepriesene Brutreaktor (Schneller Brüter) kommt schlecht weg. Um die notwendige Plutoniummenge für den Start eines Nachfolgers zu erbrüten, benötigt die Anlage 51 Jahre. Die Lebenszeit eines Reaktors wird zur Zeit aber nur auf 20 Jahre geschätzt. Durch Atomkraftwerke werden wir vom Öl nicht unabhängig: denn in mehreren Teilprozessen ist die Verwendung nichtelektrischer Energie unumgänglich.

Storms Ergebnis: Bei Atomreaktoren wird insgesamt mehr Energie verbraucht als erzeugt. Die jährlichen Kosten für die Erzeugung des Atomstroms betragen mehr als das Doppelte dessen, was bei der Verwendung von Steinkohle anfällt.

Das Atomkraftwerk Brunsbüttel scheint nicht nur durch die vielen Stillegungen ein Verlustgeschäft zu sein

benötigt. Um 1 kg Reaktoruran zu gewinnen, müssen 10 000 kWh elektrischer Energie aufgewendet werden.[46]

Die rund 100 000 kg Reaktoruran in einem Reaktor bestehen damit zu

97 000 kg aus Uran-238 und zu

3 000 kg aus Uran-235.

Nach Prof. Dr. Franz Rudolf Keßler, Direktor des Instituts B für Physik der Technischen Universität Braunschweig, werden von diesen 3 000 kg spaltbarem Uran-235 praktisch nur 0,1 bis 0,3 % wirklich gespalten und in einen »Heizwert« umgewandelt.[47] Aus den 3 000 kg Uran-235 ergeben sich damit

$$(1)\ 0{,}1\,\%\ \text{von}\ 3000\ \text{kg} = 3\ \text{kg, oder}$$

$$(2)\ 0{,}3\,\%\ \text{von}\ 3000\ \text{kg} = 9\ \text{kg.}$$

Bei der Spaltung *eines* Atoms Uran-235 wird eine thermische Energie in Höhe von 168 Megaelektronenwelt (168 MeV) frei[48]. Die Zahl der Atome von 3 kg Uran-235 ergibt sich aus der Formel:

$$Z = \frac{6{,}02252 \cdot 10^{26} \cdot 3}{235}$$

In dieser Formel bedeuten:

Z = Zahl der Atome

die Zahl $6{,}02252 \cdot 10^{26}$ entspricht der Avogadro-Konstanten

235 = relative Masse von Uran-235 (Atommasse).

Aus dieser Gleichung ergibt sich die Zahl der Atome von 3 kg U-235:

$$Z = 7{,}69 \cdot 10^{24} \text{ Atome von 3 kg Uran-235.}$$

Für 9 kg Uran-235 ergeben sich nach der gleichen Rechnung:

$$Z = \frac{6{,}02252 \cdot 10^{26} \cdot 9}{235}$$

$$= 2{,}31 \cdot 10^{25} \text{ Atome.}$$

Die thermische Energie aus diesen Atomen erhält man, wenn man ihre Anzahl mit der Energie aus einem Atom multipliziert, also mit 168:

(1) $7{,}69 \cdot 10^{24} \cdot 128 = 1{,}29 \cdot 10^{27}$ MeV, oder

(2) $2{,}31 \cdot 10^{25} \cdot 168 = 3{,}88 \cdot 10^{27}$ MeV.

Aus einer Tabelle kann man entnehmen,[49] daß

$$1 \text{ MeV} = 4{,}45 \cdot 10^{-20} \text{kWh}$$

sind. Man kann also die Energie in Kilowattstunden umrechnen:

(1) $1{,}29 \cdot 10^{27} \cdot 4{,}45 \cdot 10^{-20} = 5{,}74 \cdot 10^{7}$ kWh, oder

(2) $3{,}88 \cdot 10^{27} \cdot 4{,}45 \cdot 10^{-20} = 1{,}73 \cdot 10^{8}$ kWh.

Bei dieser Energie handelt es sich um den zu gewinnenden »Heizwert«, also um thermische Energie, die in dem Reaktor bei der Spaltung von 3 bzw. von 9 kg Uran-235 gewonnen werden. Aus diesem »Heizwert« kann unter Berücksichtigung des Kraftwerks-Wirkungsgrades von 33,2% (Angabe der Kraftwerksbetreiber für Biblis A oder B) die wirkliche elektrische Energie berechnet werden:

(1) $5{,}74 \cdot 10^{7} \cdot 0{,}332 = 1{,}9 \cdot 10^{7}$ kWhe, oder

(2) $1{,}73 \cdot 10^{8} \cdot 0{,}332 = 5{,}74 \cdot 10^{7}$ kWhe.

Durch die Wiederaufarbeitung des abgebrannten Kernbrennstoffs kann allerdings weiteres Uran-235 rückgewonnen werden. Dazu ist jedoch wieder ein Einsatz hoher Energiemengen erforderlich. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie konnte (oder wollte) mir jedoch nicht sagen, wo in der Bundesrepublik in Kernkraftwerken Uran-235 aus der Wiederaufarbeitung verwendet wird.

Die vorstehenden Angaben sollten beim Studium der Energiebilanz berücksichtigt werden, damit die Angaben in der Bilanz richtig gewertet werden können.

4.2. Um auch nur mit Annäherung abschätzen zu können, welche Energiemengen aufgebracht werden müssen, um ein Kernkraftwerk von der Größenordnung der Werke Biblis A oder B so weit fertig zu stellen, daß es seinen Zweck erfüllen kann, habe ich für diese Arbeit Angaben

verwendet, die ich in einer Werbebroschüre des *Rhein.-Westf. Elektrizitätswerks (RWE)* über den Bau von Biblis A gefunden habe. Diese Broschüre hat die Bezeichung:

Kernkraftwerk Biblis.[50]

Auf dem äußeren vorderen Deckblatt ist die Baustelle des Werkes abgebildet. Die von mir verwendeten Angaben über Materialmengen und Arbeitsumfang stammen aus dieser Broschüre. Sie sind damit als typisch und unbedingt realistisch anzusehen.

Um die beim Bau eines Werkes vom Umfang des Kernkraftwerks Biblis A oder B aufzuwendenden unterschiedlichen Energiemengen und -arten miteinander vergleichen zu können, muß man eine einheitliche Maßbezeichnung verwenden. Es ist üblich, unterschiedliche Energiemengen in

Tonnen oder Kilogramm Steinkohleeinheiten

t oder kg SKE

anzugeben. In dieser Arbeit wurde im allgemeinen die Einheit

kg SKE

benutzt.

Bei dieser Maßeinheit wird vorausgesetzt, daß man aus 1 kg Steinkohle 7000 Kilokalorien (kcal) Energie (Arbeit) gewinnen kann. 7000 kcal entsprechen 29309000 Joule ($29{,}3 \cdot 10^6$ J oder 29,3 MJ) oder 8,14 kWh.

Nach dem *Lexikon zur Kernenergie* von Dipl.-Physiker Winfried Koelzer, *Kernforschungszentrum Karlsruhe*,[51] wurde angesetzt:

1 kg Benzol	mit	1,49	kg SKE
1 kg Erdöl	mit	1,44	kg SKE
1 kg schweres Heizöl	mit	1,40	kg SKE
1 m³ Erdgas	mit	1,10	kg SKE
1 kg Steinkohle	mit	1,00	kg SKE
1 kg Steinkohlenkoks	mit	0,97	kg SKE
1 m³ Stadtgas	mit	0,57	kg SKE
1 kg Hartbraunkohle	mit	0,50	kg SKE
1 kg Brennholz	mit	0,50	kg SKE
1 kg Brenntorf	mit	0,43	kg SKE
1 kg Rohbraunkohle	mit	0,26	kg SKE
1 kWh el. Energie	mit	0,123	kg SKE

Winfried Koelzer gibt in seinem Lexikon an[52], daß bei vollständiger Spaltung von 1 kg U-235 19 Milliarden kcal Energie frei werden. Zur Umrechnung dieser heute nicht mehr üblichen Bezeichnung für Energie muß der Zahlenwert mit dem Faktor:

$$\frac{1\ \text{kcal}}{1\ \text{kWh}} = 1{,}16 \cdot 10^{-3}$$

multipliziert werden:

Telefon: Redaktion und Anzeigen (040) 3 59 14-1

HAMBURGER
Morgenpost

Nr. 19/4. W. Freitag, 23. Januar 1981 30 Pf C 3430 A

Deutscher Atom-Professor schlägt Alarm:

Kernkraftwerke verletzen Recht

Sie verbrauchen mehr Energie als sie produzieren können

Von Wolfgang Hain

Braunschweig – Massiver Vorstoß eines Atomwissenschaftlers gegen die Atomenergie. Der Professor der Braunschweiger Technischen Universität (TU), Rolf Bertram, hält den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken für gesetzwidrig. Von billigerem Strom aus Kernkraftwerken könne keine Rede sein. Atomenergie sei eines der größten Verlustgeschäfte aller Zeiten. Die MORGENPOST sprach mit Prof. Bertram.

MORGENPOST: Aus welchen Gründen verstoßen Atomanlagen gegen gesetzliche Bestimmungen?

Bertram: Nach dem Energiewirtschaftsgesetz muß Strom kostengünstig in einer für den Bürger sicheren Weise zur Verfügung gestellt werden. Beides ist durch Atomkraftwerke nicht gewährleistet.

MORGENPOST: Gibt es Berechnungen...?

Bertram: Erstens muß man den Kostenaspekt für Atomstrom sehen, und zweitens, welche Energievorleistungen notwendig sind, um Atomstrom zur Verfügung zu stellen. Nach einer Studie der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke wird Atomstrom in vier Jahren 2,5 Pfennig pro Kilowattstunde teuerer sein als herkömmlich hergestellter Strom. Noch nicht eingerechnet sind Abriß und Stillegung von Atommeilern, Kosten für Wiederaufbereitung, Zwischen- und Endlagerung sowie Polizeischutz.

MORGENPOST: Welche Energie-Vorleistungen sind notwendig?

Bertram: Um zehn Tonnen spaltbares Uran zu gewinnen, muß man eine Million Tonnen Gestein bewegen. Ein sehr hoher Energieaufwand. Das Erz muß bis zur Anreicherungsanlage behandelt werden. Das ist eine der teuersten Stufen. Der Bau des Reaktors erfordert wieder sehr viel Energie. Für den rund 20jährigen Betrieb werden unvorstellbare Wassermengen gebraucht. Für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung sind irrsinnige Aufwendungen erforderlich, so daß eine Energiebilanz für Leichtwasserreaktoren auf jeden Fall negativ ist.



Prof. Rolf Bertram, Lehrstuhl für Physikalische Chemie

MORGENPOST: Sind Atomkraftwerke wirtschaftlich?

Bertram: Nein! Es muß mehr Energie hineingesteckt werden, als schließlich herauskommt. Dieses Konzept ist völlig unmöglich und gesellschaftlich gesehen das größte Verlustgeschäft aller Zeiten. Man muß das volkswirtschaftlich ablehnen. Ob unsere Argumente bekannt sind, wage ich zu bezweifeln. Politikern geht es nicht mehr um eine redliche Abwägung. Hier geht es um die Durchsetzung politischer Vorstellungen.

Reaktor-Unfall: US-Regierung soll vier Milliarden zahlen

Harrisburg – Der Staat hat nicht gut genug auf uns aufgepaßt. Jetzt soll er deswegen auch die vier Milliarden Dollar Schaden ersetzen, die durch die Beinahe-Katastrophe in Three Miles Island entstanden sind.

Mit einer Begründung in diesem Tenor wollen nicht etwa Anwohner des Kernkraftwerks, sondern die Besitzer und Betreiber des Reaktors selbst den Staat zur Kasse bitten, meldet die Frankfurter Allgemeine.

Kernpunkt der Beschwerde gegen die amerikanische Kernenergiebehörde: Wir hatten Anweisung, uns auf das Wissen der Regierungs-Techniker zu verlassen. Und von denen hat uns keiner gesagt, daß unsere Reaktorkessel prinzipielle Mängel aufweisen, die schon einmal beinahe zu einer Katastrophe geführt hatten. Die Kraftwerk-Besitzer verschweigen allerdings in ihrer Studie, daß sie die Mängel bereits selbst kannten, bevor der Reaktor zur Zeitbombe wurde.

$19 \cdot 10^9 \cdot 1{,}16 \cdot 10^{-3}$
$= 2{,}204 \cdot 10^7$ kWh.

Will man diese Angabe überprüfen, dann muß man berücksichtigen, daß bei der Spaltung eines Atoms U-235 168 MeV kinetische Energie der Spaltprodukte frei werden[48]. Unter Verwendung der auf Kilogramm bezogenen Avogadro-Konstanten ergibt sich die Zahl der Atome in 1 kg U-235 zu:

$$\frac{6{,}02252 \cdot 10^{26}}{235}$$

$= 2{,}56 \cdot 10^{24}$ Atome/kg U-235.

Je Atom ergeben sich 168 MeV thermischer Energie. Die Gesamtenergie aus 1 kg U-235 wird dann:

$2{,}56 \cdot 10^{24} \cdot 168$
$= 4{,}30 \cdot 10^{26}$ MeV.

Setzt man 1 MeV $= 4{,}45 \cdot 10^{-20}$ kWh, dann ergibt das:

$4{,}30 \cdot 10^{26} \cdot 4{,}45 \cdot 10^{-20}$
$= 1{,}91 \cdot 10^7$ kWh.

Dieser Energiewert entspricht mit ziemlicher Annäherung dem, den Winfried Koelzer in seinem Lexikon zur Kernenergie angibt[51]. Dieser Wert gibt aber nur den zu erreichenden »Heizwert« aus 1 kg U-235 an. Dieser Heizwert kann unter Berücksichtigung des Wirkungsgrades für ein Kernkraftwerk in elektrische Energie umgerechnet werden. Dieser Wirkungsgrad wird mit 33,2 % angegeben. Die Umrechnung ergibt dann:

$1{,}91 \cdot 10^7 \cdot 0{,}332$
$= 6{,}34 \cdot 10^6$ kWh elektrische Energie.

Nach Erkenntnissen von Prof. Dr. Franz Rudolf Keßler (s.o.) kann, konservativ gerechnet, nur etwa 0,1 % der Masse an U-235 durch Kernspaltung in Energie umgewandelt werden.[47] Damit erhält man in der Praxis aus 1 kg U-235

$6{,}34 \cdot 10^6 \cdot 0{,}001$
$= 6340$ kWh elektrische Energie.

Diese Werte unterscheiden sich ganz erheblich von den Angaben in der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie herausgegebenen Schrift: *Kernenergie – Eine Bürgerinformation*[53]

Hier findet man im Kapitel: *Maßeinheiten für Energiemengen* die Angabe, daß in einem Kernkraftwerk des heute üblichen Typs aus 1 Tonne Natururan etwa 40 bis 50 Mio kWh erzeugt werden können. Da in dem gleichen Absatz immer wieder von »elektrischer Energie«, von »elektrischem Strom« und von »Stromerzeugung« gesprochen wird, kann es sich bei dieser Angabe nicht um den »Heizwert« aus 1 t Natururan handeln. Dazu läßt sich einmal sagen, daß in Kernkraftwerken des heute üblichen Typs kein Natururan verwendet wird, zum anderen kann man, wenn man

die spaltbare Menge U-235 in einer Tonne Natururan mit 0,7 % annimmt, aus der sich dann ergebenden Menge von 7 kg U-235 nach der vorigen Rechnung nur

$$6340 \cdot 7 = 44380 \text{ kWh}$$

elektrische Energie gewinnen. Dieser Wert aber ist um den Faktor 1000 kleiner als in der Angabe des Heftes.

Die Einrichtungen eines Reaktors vom Typ Biblis befinden sich in einer Sicherheitshülle aus Stahl. Diese Hülle, das Containment, besteht aus einer Stahlkugel mit dem Durchmesser von 56 m und mit der Wandstärke von 30 mm (0,03 m)[50]. Das Volumen dieser Stahlmenge ergibt sich aus der Differenz zweiter Kugeln von

56 m - (56–0,06) m.

Bezeichnet man das Volumen der Kugel mit 56 m Durchmesser mit V_1 und das der Kugel mit (56–0,06) m Durchmesser mit V_2 so ergibt sich

$$V = V_1 - V_2$$
$$= \frac{\pi}{6} \cdot (d_1^3 - d_2^3)$$
$$= 0{,}5236 \cdot (56^3 - 55{,}94^3)$$
$$0{,}5236 \cdot (175616-175052{,}12)$$
$$= 295{,}244 \text{ m}^3$$

Umgerechnet in dm^3 ergeben sich 293320 dm^3
Setzt man die Dichte von Stahl mit 7,8 kg/dm^3 an, dann ergibt sich ein Gewicht für die Kugel von

$$G = 295244 \cdot 7{,}8$$
$$= 2302903 \text{ kg, oder}$$
$$\approx 2303 \text{ t}$$

Man kann für die Förderung des Erzes zur Herstellung von 1 Tonne veredelten Stahls, die Aufarbeitung des Erzes, das mehrfache Schmelzen, das Veredeln, die mehrfache spanlose Verformung, für die spanabhebende Verformung, den vielfachen Transport und für die Montage des fertigen Bauteils, für jede Tonne Stahl eine summierte Energiemenge von:

275000 kg SKE; das entspricht
275 t SKE

ansetzen[54].

Für den Bau eines Kernkraftwerks vom Typ Biblis A oder B müssen nach der anfangs erwähnten RWE-Broschüre und nach eigenen Rechnungen folgende Stahlmengen angesetzt werden:

Sicherheitsbehälter	2303 t
Reaktordruckgefäß	530 t
4 Dampferzeuger	1200 t
4 Kühlmittelpumpen und für das	

Ausgleichgefäß	12000 t
Bewehren des Betons	14000 t
Turbinensatz und Generator	450 t
300 m Spundwand, Rohrleitung, Transformatoren, Stahlmaste, Hebezeuge, Wasserbehälter	20000 t
Summe der Stahlmengen	50483 t

Die dafür aufzuwendenden Energiemengen betragen:

$50467 \cdot 275000 \approx 1{,}39 \cdot 10^{10}$ kg SKE

Dazu kommen weitere Energiemengen von $2{,}10 \cdot 10^{10}$ kg SKE für:

Bewegen von 400000 m^3 Erdmassen, Herstellen, Transport und Montage von 140000 m^3 Beton, Erzförderung, Aufarbeitung, mehrfaches Schmelzen, Veredeln, Formgeben, Montage und mehrfachen Transport von Buntmetallen für Generatoren, Motoren, Transformatoren, Eletronik, Leitungsseile, Schaltelemente, Computer usw.[54]

Für die Anreicherung des Urans zum 1. Einsatz mit 101,8 t 3%ig bei 10000 kWh je kg Energieaufwand kommt außerdem für die Anreicherung: $1{,}25 \cdot 10^8$ kg SKE.

Daraus ergibt sich als Gesamtenergiemenge: $3{,}50 \cdot 10^{10}$ kg SKE.

Von dieser Energiemenge werden noch *vor* dem Baubeginn benötigt: $1{,}39 \cdot 10^{10}$ kg SKE.

Während der 6-jährigen Bauzeit werden benötigt: $2{,}10 \cdot 109^{10}$ kg SKE.

Das fertige Kernkraftwerk hat eine Leistung von 1200 MWe; das entspricht 1200000 kWh. Bei einer bisher in der Praxis bei weitem nicht erreichten durchschnittlichen Verfügbarkeit von 11 Monaten im Jahr und bei 8760 Jahresstunden erbringt das Werk:

$$\frac{1200000 \cdot 8760 \cdot 11}{12}$$

$$= 9{,}636 \cdot 10^9 \text{ kWh.}$$

Bei einem Umrechnungsfaktor von 0,123 (s.o.) ergibt das eine Energie von:

$$9{,}636 \cdot 10^9 \cdot 0{,}123$$
$$= 1{,}19 \cdot 10^9 \text{ kg SKE/Jahr.}$$

Dieser Wert wird in dem beigefügten Diagramm als Maßeinheit für die Ordinate (senkrechte Achse) des Koordinatensystems verwendet.

Bei einem Energiebedarf, ohne Urananreicherung, von gerundet:

$3{,}49 \cdot 10^{10}$ kg SKE

für den Bau des Kernkraftwerks und bei einer Eigenleistung von:

$1{,}19 \cdot 10^9$ kg SKE/a

muß das fertige Werk

$$\frac{3{,}5 \cdot 10^{10}}{1{,}19 \cdot 10^{9}}$$

≈ 29 Jahre

störungsfrei bei einer Verfügbarkeit von 11 Monaten pro Jahr arbeiten, damit es *die* Energie erbringt, die zu seinem Bau aufgewendet werden mußte.

Man kann annehmen, daß das Werk in dieser Zeit 10 Einsätze von je rd. 100 t Uran 3 %-ig zum Betrieb benötigt. Das sind insgesamt dann

$10 \cdot 100000$ kg

$= 1000000$ kg Uran.

Für die Anreicherung dieser Uranmenge werden zusätzlich zu den Energiemengen für den Aufbau des Werkes benötigt:

$1000000 \cdot 10000$

$= 1 \cdot 10^{10}$ kWh.

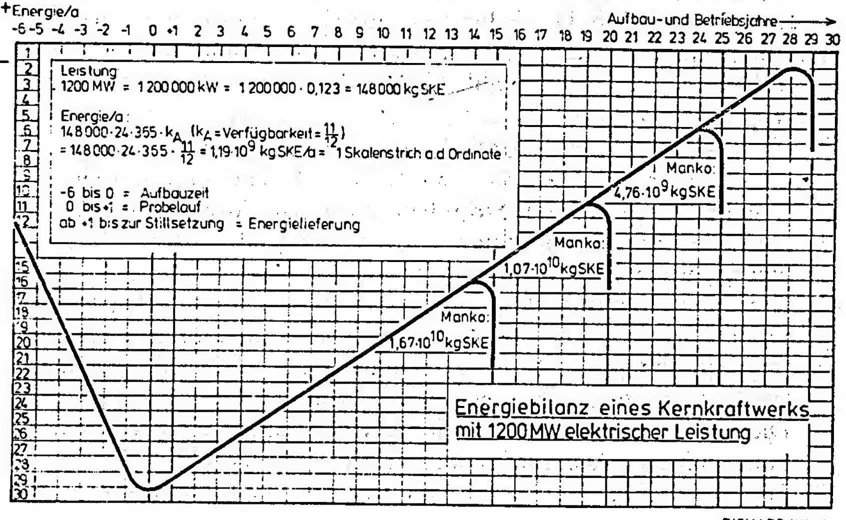
Mit dem Faktor 0,123 multipliziert sind das:

$1 \cdot 10^{10} \cdot 0{,}123$

$= 1{,}23 \cdot 10^{9}$ kg SKE.

Diese Energiemenge muß dem Betrieb des Werkes zugerechnet werden.

Angenommen, das Werk würde wirklich ein Lebensalter von 29 Jahren erreichen, was bisher noch bei keinem Kernkraftwerk der Fall war, dann beginnt mit seiner Stillsetzung erneut eine Phase mit extrem hohem Energieverbrauch für den Abbau des Werkes unter schwierigsten Verhältnissen, die Zerkleinerung der z.T. hochradioaktiven Bauteile zu transportfähigen »Brocken«, die problemlos transportiert und in einer Endlagerung



untergebracht werden müssen. Teilweise ist vorgesehen (KWL, Lingen), das nicht mehr verwendungsfähige Werk für eine Abklingzeit von 30 Jahren gesichert eingeschlossen zu halten und dann beseitigen zu lassen. Für die Sicherung und die Beseitigung müssen dann wieder große Mengen an Energie aufgewendet werden. Beim Abbau und für die Endlagerung nicht mehr verwendbarer Kernkraftwerke können keine Angaben zu den erforderlichen Energiemengen gemacht werden, weil dazu noch keine Erfahrungen vorliegen.

Das trifft auch für die Wiederaufarbeitung der bestrahlten Brennelemente und für die Endlagerung der sich dabei ergebenden radioaktiven Substanzen zu. Hierzu hat Bundeskanzler Helmut Schmidt anläßlich der Eröffnung der 11. Weltenergiekonferenz am 8.9.1980 in München gesagt, daß

»nirgendwo auf der ganzen Welt die technischen Probleme der Entsorgung von Kernkraftwerken befriedigend gelöst sind, auch nicht in der UdSSR, auch nicht in den USA.«

Bundeskanzler Schmidt hat es bedauert, daß darüber die Regierungen und die Parlamente von der Industrie nicht informiert worden sind.

5. HINTERGRÜNDE

5.1. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen kann folgende Behauptung aufgestellt werden:

- ☐ Es besteht **keinerlei Bedarf an einem weiteren Ausbau von Stromkapazitäten.** Es liegt bereits jetzt etwa die Hälfte der vorhandenen Kapazitäten brach. Die dadurch erzeugte gesamtwirtschaftliche Belastung geht über das tragbare und verantwortbare Maß weit hinaus, insbesondere in der augenblicklichen depressiven Entwicklung der Wirtschaft.
- ☐ Es wird in unserer Wirtschaft eine **riesige Verschwendung von Energie** betrieben. Das Ausmaß der Verschwendung übersteigt bei weitem das Ausmaß der Stromlieferungen aus Atomreaktoren.
- ☐ Die **Versorgungssicherheit** aus stromerzeugenden Atomanlagen ist **nicht gewährleistet.**
- ☐ Uran, der Brennstoff für konventionelle Atomspaltwerke, kommt auf der Erde in so geringen Mengen vor, daß hiermit nur in **sehr beschränktem Umfang** Strom erzeugt und eine drohende Energielücke langfristig **nicht** geschlossen werden kann.
- ☐ Die Gewinnung und Aufbereitung von Uran ist noch viel stärker **monopolisiert** als die jedes anderen Energieträgers.
- ☐ **Die Energiebilanz** weist bei Atomspaltwerken das **schlechteste Er-**

gebnis von allen modernen Energiegewinnungsformen auf. Sie ist **vermutlich sogar negativ.**

- ☐ Eine umfassende, rein wirtschaftliche **Kosten-Nutzen-Analyse** dürfte erweisen, daß jede Energiegewinnung durch Atomspaltwerke bereits vom **volkswirtschaftlichem** Standpunkt aus als die weitaus ungünstigste bezeichnet werden muß. Zusätzlich bestehen aber noch die vielen **nichtwirtschaftlichen Einwände,** vor allem jene, die sich auf die Zerstörung von Leben und körperlicher, seelischer und genetischer Unversehrtheit, die Einschränkung freiheitlich-rechtstaatlicher Verhältnisse, die verheerenden Folgen einer Reaktorkatastrophe (durch Versagen der Sicherheitseinrichtungen, Terrormaßnahmen oder Kriegseinwirkungen) beziehen.
- ☐ Die Genehmigung zum Weiterbau und Betrieb des Reaktors muß u.a. von **wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen** abhängig gemacht werden. Das ist nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil derartige Erwägungen seitens der Befürworter als erstrangig hingestellt werden. Nach den hier getroffenen Feststellungen ist die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit mit Sicherheit nicht gegeben und daher die Entscheidungen der Exekutive zugunsten des Reaktors aufzuheben, sollen sie nicht als **Machtmißbrauch zugunsten einer bestimmten Gruppe** von Personen, Organisationen und Unternehmen verstanden werden.

  Falls diese *Schlußfolgerungen* aus meinen Untersuchungen vom Gericht angezweifelt werden, *beantrage* ich die Beweiserhebung.

  Beweismittel sind: Die Untersuchungen unter Ziffer 1–4, die dort genannten wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Fachgutachten.

5.2. Die planmäßige Durchführung aller derzeit bestehenden Atomspaltprogramme erfordert weltweit gesehen einen **jährlichen Finanzbedarf von Hunderten von Milliarden DM. Das macht die Durchführung zwangsläufig zu einer Angelegenheit von Kreisen innerhalb der Hochfinanz.**

In den Anlagen zu diesem Schriftsatz wird aufgezeigt, was durch eine *Fülle weiterer Materialien* erhärtet werden kann, daß sich nämlich das Geldwesen inzwischen weitgehend in der Hand weniger, überwiegend privat kontrollierter Zentralbanken befindet.

Ursprünglich bestand für jene Hochfinanzkreise, die an der Durchführung des Atomspaltprogramms interessiert sind, die Gefahr, daß die stromerzeugende Industrie ihren weiteren Ausbau selbst finanzieren würde. Sie hätte sich nämlich die finanziellen Mittel für den Ausbau im voraus durch Erhöhung der Stromrechnungen beschaffen können. Dem wurde vorgebeugt. So wird in der Bundesrepublik Deutschland die Er-

richtung stromerzeugender Werke steuerlich erheblich benachteiligt, wenn für die Investitionen der Stromerzeuger mehr als 25 % Eigenmittel eingesetzt werden. Damit wird ganz eindeutig der Einsatz von Leihkapital fast erzwungen. Kommt es aber zur Aufnahme von Krediten, verschafft das den interessierten Finanzkreisen Zinsgewinne und eine gewisse Verfügungsmacht über den Kreditnehmer, gleichzeitig wird damit begünstigt, daß sich Kreise der Hochfinanz auch direkt beteiligen, was deren Verfügungsmacht über die Energieversorgung weiter erhöht.

Es wurde aber auch dafür gesorgt, daß neben wachsender finanzieller Kontrolle auch noch weitgehend die Kontrolle über den Rohstoff selbst, das Uran, erlangt wurde. Diese Kontrolle scheint vor allem in der Hand von *Rothschild*-Banken, den mit diesen kooperierenden Finanz- und Wirtschaftsleuten sowie dem *Vatikan* zu liegen. In dem US-Finanzmagazin *Forbes*, das *Rockefeller* nahesteht, stand am 15.6.1975 über ein nach OPEC-Vorbild aufgezogenes *Urankartell:*

> »*Die Kontrolle über das* Urankartell *mag sehr viel mehr in einer Hand konzentriert sein als ein erster Blick* [auf die Mitgliedsliste] *vermuten läßt . . . die Rothschilds von Frankreich und England sind an beinahe jeder großen Urangesellschaft der Welt beteiligt.*«

Anschließend hieß es:

> »*Die Minengesellschaft* Rio Tinto Zinc (RTZ), *an der die französischen Rothschilds traditionell als Großaktionäre beteiligt sind, hält eine beherrschende Beteiligung an der* Rio Algom Mines, *deren kanadische Minen die größten Uranreserven in Nordamerika besitzen.* RTZ *gehört nahezu zwei Drittel der riesigen neuen* Rössing Uranmine *in Südwestafrika.* RTZ *kontrolliert ebenfalls* Mary Kathleen Uranium, *die einzige australische Uranmine, die ihre Produktion bald aufnehmen kann.*
>
> *Der größte südafrikanische Goldproduzent,* Anglo American Corporation, *ist auch der größte Uranproduzent des Landes, da Uran als ein Nebenprodukt der Goldproduktion anfällt. Eine mit Anglo American verbundene Gesellschaft,* Charter Consolidated, *hat einen Rothschild im Aufsichtsrat und hält etwa 10 % der Anteile von* RTZ.
>
> *Der Zentralpunkt von Rothschilds Nichteisenmetall-Gruppe ist* Imétal (*früher* Le Nickel), *die einen beherrschenden Anteil an den Gesellschaften* Mokta *und* Pennaroya *hält, zwei der größten Uranproduzenten in Frankreich und den früheren französischen Kolonien Gabun und Niger. Sie sind auch beteiligt an Gemeinschaftsunternehmungen mit dem anderen großen französischen Chemieproduzenten,* Pechiney Ugine Kuhlmann.
>
> *Die Rothschilds sind überall vertreten. Baron Guy de Rothschild leitet* Imétal. *Er sitzt auch im Aufsichtsrat von* RTZ.

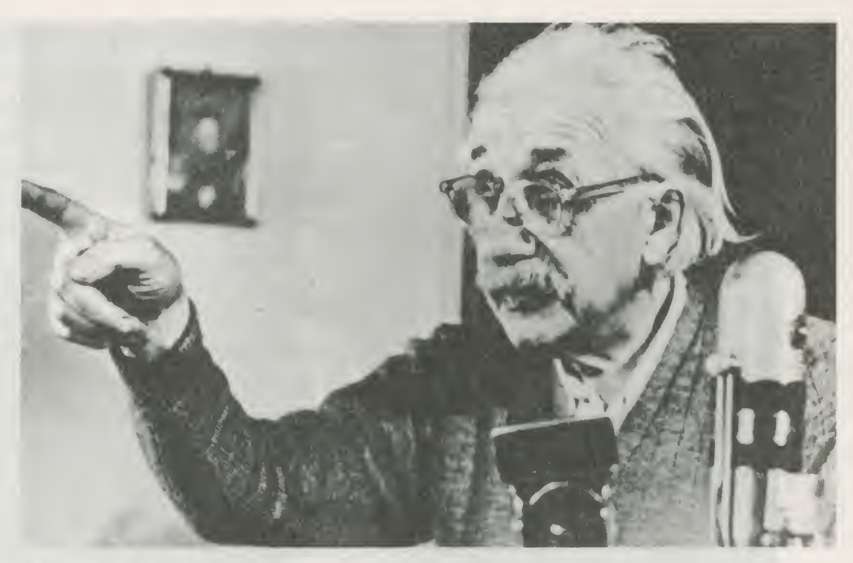


Abb. oben:
Albert Einstein
Er war beteiligt an der Entwicklung der Atombombe, er wurde später ihr Gegner. Die Abbildung zeigt Einstein während einer Rede gegen das atomare Wettrüsten im Februar 1950.

Abb. rechts:
Robert Oppenheimer
Er gilt als eigentlicher Vater der Atombombe. Auch er wurde abtrünnig.



Ihrerseits sind Harry Oppenheimer, der Chef von Anglo American und Sir Val Duncan, Chef von RTZ, *Mitglieder des Aufsichtsrates von* Imétal. *Nur in Australien verfügen die Rothschild-Gesellschaften über einen relativ kleinen Anteil an den Gesamturanreserven. In der Tat ist es so, daß abgesehen von einigen unabhängigen Urangesellschaften in Kanada und einer möglichen Erhöhung der australischen Produktion die Uran-Opec ihre Aufgabe auf einer Sitzung des Verwaltungsrates von* Imétal *erledigen könnte.«*

Am 15.9.1976 schrieb die gleiche Zeitschrift:

»In diesem von Südafrika regierten Land liegt die weltgrößte Uranmine, die Rössing Mine *von* Rio Tinto Zinc. Rio Tinto *hat im Stillen Kontakte mit der* South West African Peoples Organization (SWAPO) *aufggenommen für den Fall, daß diese im Streit über die Zukunft dieses Gebietes die Oberhand gewinnt.«*

Richtig ins Licht der Öffentlichkeit geriet das *Urankartell* jedoch erst Mitte 1976, als der Reaktorhersteller *Westingshouse* verschiedene Uranproduzenten verklagte. *Westinghouse* hatte langfristige Uran-Lieferverträge mit Betreiberfirmen abgeschlossen und hatte Milliardenverluste wegen unerwartet hoher Preissteigerungen bei Uran zu erwarten.

»Während die Rothschild-Interessen insgesamt den größten Teil der Welturanreserven kontrollieren, verfügen die USA (keiner ihrer Produzenten ist Mitglied des Kartells) über die höchsten, gleichzeitig aber auch ähnlich wie beim Öl, teuersten Uranreserven der Welt. Über die den Rockefeller-Interessen verbundene Getty Oil *halten sie auch einen 35 %igen Anteil am riesigen Jabiluka-Vorkommen (ca. 115000 t Uran) im Nordwesten Australiens. Die beispiellose Absetzung der Labor-Regierung unter Whitlaw im Dezember 1975 durch den englischen Generalgouverneur Sir John Kerr erfolgte aufgrund von deren Widerstand gegen den Abbau dieser Vorkommen durch das ausländische Monopolkapital und das hierauf zurückzuführende Verbot von Uranexporten. Die liberale Regierung von M. Fraser wird Abbau und Export erlauben . . .«* [55]

Auch der Vatikan spielt eine maßgebende Rolle im Urangeschäft. Er soll hinter Rothschild die meisten Uranminen-Akten besitzen. Das ist einer der Gründe, **weshalb der Vatikan so vehement für die Ausbreitung der »friedlichen Kernenergienutzung« eintritt.** Kürzlich hieß es in einer Meldung der *KNA (Katholische Nachrichten-Agentur):*

»Der ständige Vertreter des Vatikans bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien, Prälat Mario Peressin, hat die Vorteile der friedlichen Nutzung der Kernenergie verteidigt. J e d e A n s t r e n-

Nobelpreisträger *Glenn J. Seaborg* (rechts), Hauptentdecker des Elements 94, das nach *Pluto* – dem Gott der Unterwelt und des Reichtums in der altgriechischen Mythologie – den Namen *Plutonium* erhielt.



Hiroshima nach dem amerikanischen Atombombenabwurf am 6.8.1945.

g u n g müsse unternommen werden, um allen Nationen, besonders den Entwicklungsländern, die V o r t e i l e einer friedlichen Kernenergienutzung zu bieten.«[56]

Zusätzlich sind die großen Banken, wie bereits erwähnt, auch noch an Hersteller- und Betreiberfirmen erheblich beteiligt. Viele dieser Beteiligungen liegen allerdings nicht offen sondern verdeckt vor. Eine führende Rolle spielen hier innerhalb der Bundesrepublik Deutschland folgende Banken: *Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank, Bayerische Landesbank und Hessische Landesbank.* Diese Banken werden auf dem Kreditsektor weitgehend international und hierbei durch ganz kleine Personengruppen kontrolliert. Falls erforderlich, kann hierzu noch detailliert vorgetragen und dokumentiert werden.

Wenn, wie in den Anlagen aufgezeigt, die **internationale Hochfinanz das Geldwesen und hierbei vor allem das Kreditwesen und daneben zunehmend die Schlüsselstellungen der Produktionsunternehmen und der Werbung kontrolliert,** bedeutet das *unabhängig* von der Qualität der hierbei vorgenommenen Handlungen, von *vornherein* eine **verfassungswidrige Einschränkung der Souveränität der Bundesrepublik und der Rechte ihrer Bewohner.** Die meisten der betroffenen Bewohner haben sich zwar an diesen Umstand gewöhnt oder ihn hingenommen. Aber rechtens ist er damit noch keineswegs. Und da sich aus der Geschichte der letzten Jahrhunderte klar ergibt, daß die internationale Hochfinanz immer wieder ihre Macht mißbraucht und danach trachtet, immer mehr und uneingeschränkter Macht zu erlangen, hierbei Enteignung und Ausbeutung weltweit betreibt, und verschiedene Gruppen innerhalb der Hochfinanz Kriege, Revolutionen, Diktaturen und große Wirtschaftskrisen fördern, – darum weisen diese Kreise *nicht die nach § 7/2/1 des Atomgesetzes erforderliche Eignung* auf, um auf dem Gebiet der Nutzung der Atomspaltung maßgebend Einfluß zu nehmen. Aber auch ohne jede gesetzliche Sonderbestimmung ist es **offensichtlich, daß in einem Rechtstaat irgendwelchen Unternehmen mit z.T. verfassungs- und strafgesetzwidrigen Verhaltensweisen niemals wirtschaftlicher und politischer Einfluß, schon gar nicht auf einem Gebiet mit höchstem Gefahrenpotential, gestattet werden darf.** Sogar der Pressechef der KWU gab zu:

»Es ist schon richtig – manchmal erinnern die Praktiken [der Atomwirtschaft] *an Mafia-Methoden.«*

Falls erforderlich, kann zu diesem Thema weiter vorgetragen werden. Ich besitze darüber umfangreiches Material.
Firmen, deren Methoden an die der Mafia erinnern oder die sich mit Mafia-Methoden durchsetzen, dürften weder verläßliche Aussagen über die Qualität ihrer Leistung noch eine Tätigkeit unter voller Beachtung der

Gesetze und des Volkswohls liefern. So, wie **maßgebende Teile der im Hintergrund stehenden Finanzoligarchie bereit sind, ihrem Machtstreben je nachdem das Leben oder die wirtschaftliche Existenz ungezählter Menschen zu opfern, so sind die im Vordergrund stehenden Atomfirmen aus gleichen oder verwandten Gründen bereit, unabsehbare Gefahren für das Leben, die Gesundheit und die politische Zukunft der Menschheit zu erzeugen,** wobei freilich die Sach- und Entwicklungszwänge, die in ihrem Tätigkeitsbereich herrschend geworden sind, eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

5.3. Als Edward Teller, Enrico Fermi, Leo Szilard, Robert Oppenheimer und Albert Einstein erfuhren, daß die Deutschen mit der Kernspaltung experimentieren, befürchteten sie, das Dritte Reich könnte eine Atombombe entwickeln. Daraufhin bemühten sie sich – und zwar noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – möglichst rasch zum Bau einer eigenen Atombombe zu gelangen. [58]

> *»Dr. Leo Szilard spielte zweifellos das enfant terrible dieser Gruppe. Der äußerst intelligente . . . Physiker führte ein ruheloses Leben, das sich zu einem permanenten Kreuzzug auswuchs . . . Doch seine Kreuzzüge strebten zugegebenermaßen Wichtiges an: den Sieg über Hitler, die Schaffung einer Weltregierung und die Entwicklung der Atomenergie.«* [59]

Die Atombombe sollte die vernichtende Kreuzzugswaffe werden. Doch es dauerte einige Zeit, bis sich die führenden Kreise in den USA von der Machbarkeit der Bombe überzeugen ließen. Als sie aber überzeugt waren, stimmten sie sofort dem Bau zu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Verantwortlichen auf den Gedanken, die Atomspaltung nicht nur als militärisches sondern auch als nichtmilitärisches Machtmittel einzusetzen. **Die militärische Nutzung der Atomspaltung sollte nur einem auserwählten Kreis besonders botmäßiger Staaten vorbehalten bleiben, die nichtmilitärische jedoch allen Völkern gebracht werden, denn die Gefahren der nichtmilitärischen Nutzung zwangen zu internationaler Kontrolle und zur Monopolisierung des Wissens, zugleich machte sie jeden Staat, der Atomspaltwerke betrieb, einerseits durch Terrormaßnahmen erpreßbar und andererseits im Kriegsfall nur noch beschränkt verteidigungsfähig. Eine zentral gelenkte militärische und nichtmilitärische Nutzung der Atomspaltung war also vorzüglich geeignet, Weltherrschaftszielen zu dienen.**

In der im Jahre 1957 herausgegebenen Schrift des US-Informationsdienstes Bad Godesberg 1, *Atomenergie für den Frieden*, heißt es im Anschluß an den Artikel: »Amerikanische Reaktoren für die friedliche Ent-



Abb. oben: Der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergiekommission *Lewis L. Strauss* (2. v. l.) im Gespräch mit dem »Vater der Wasserstoffbombe« und anderer Massenvernichtungswaffen der amerikanischen Kriegsindustrie *Edward Teller*.

Abb. links: *Enrico Fermi* war wie Einstein, Oppenheimer, Teller, Strauss, Szilard u.a. jüdischer Abstammung und beteiligte sich an der Entwicklung der Atombombe vor allem aufgrund seiner Gegnerschaft zum Dritten Reich.



Gebäude des *Council on Foreign Relations,* ein Werk der Rockefellers, in dem ein Großteil der politischen Elite der USA programmiert wird und von wo aus im Wesentlichen die Lenkung der *Trilateral Commission* erfolgt.

wicklung anderer Länder«:

»Chronologische Übersicht

über die Bemühungen der Regierung der Vereinigten Staaten um die Beteiligung aller Länder an der Weiterentwicklung und Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke.

14. Juni 1946: Der Vertreter der Vereinigten Staaten bei der UN-Atomenergiekommission. Bernard Baruch, *machte das Angebot, die gesamte Atomkapazität der Vereinigten Staaten in den Dienst einer internationalen Organisation zu stellen, die über ein wirksames Überwachungs- und Kontrollsystem verfügt.«**

In der Zeitschrift *Das Parlament* vom 7.2.81 erschien ein Aufsatz von A. Rothacher: »Der Trilateralismus als internationales Politikmanagement«. Dort wird ausgeführt, daß die **Trilateral Commission ein Gebilde des Rockefeller-Clans sei, daß die Empfehlungen dieser Kommission an die in ihr vertretenen Staaten »verbindlich« seien und daß zu den »verbindlichen Empfehlungen« die Durchsetzung der »friedlichen Nutzung der »Kernenergie«** gehöre.

Beweisantrag:

Ich behaupte, daß die Darstellung in dem Aufsatz von Rothacher in der Zeitschrift *Das Parlament* vom 7.2.81 hinsichtlich der Rolle des Rockefeller-Clans innerhalb der *Trilateral Commission* und hinsichtlich der Rolle der *Trilateral Commission* bei der Durchsetzung des »Kernenergie-Programms« zutrifft.

Beweismittel: Zeitschrift *Das Parlament* vom 7.2.81; Zeitschrift *C.O.D.E.*, Vaduz (Liechtenstein), Jahrg. 1978–81; sämtliche Ausgaben der Wochenzeitung *Neue Solidarität*, Jahrgang 1975–1981; Veröffentlichungen von Scholl, Schmalbrock u.a., Vorlage der Empfehlungen der *Trilateral Commission*; Stellungnahme des Außenministeriums und des Innenministeriums der Bundesrepublik Deutschland.

Begründung: Falls die Aussage von Rothacher in der Zeitschrift *Das*

* *Bernard Manasse Baruch war Berater aller Präsidenten von Wilson bis Eisenhower, Organisator der Kriegsindustrie im Ersten und Zweiten Weltkrieg und Exponent der Hochfinanz. Für die Organisierung des Baus und der Anwendung der Atombombe scheint nicht er sondern eine rivalisierende Machtgruppe verantwortlich zu sein. Nach dem Ersten Weltkrieg trat Baruch für eine milde, nach dem Zweiten Weltkrieg für eine strenge Behandlung Deutschlands ein. In den fünfziger Jahren rückte er von seiner strengen Einstellung gegenüber Deutschland ab, gegen Ende seines Lebens setzte er sich für die Verhütung eines Dritten Weltkrieges ein. Baruch scheint ein Exponent jener Kreise innerhalb der internationalen Hochfinanz zu sein, die sich nicht dem Nihilismus, apokalyptischen Endzeiterwartungen oder ungezügeltem Haß und Machtreben ergeben haben, sondern an eine letztlich religiös motivierte Sendung glauben.*

Parlament zutrifft, erklärt das einen Teil der herrschenden verfassungswidrigen Praxis auf atomrechtlichem Gebiet: die Bundesrepublik ist dann *nicht souverän,* da die »Empfehlungen« der *Trilateral Commission* keine internationalen Vereinbarungen im Sinne des Völkerrechts darstellen, trotzdem aber als »verbindlich« gelten. Und da eine positive Beantwortung dieser Frage einen verfassungswidrigen Zustand erwiese, ist die Beantwortung im Hinblick auf den Erweis der rechtlichen Nichtigkeit der erteilten atomrechtlichen Genehmigungen erforderlich.

Worauf Baruchs und Rockefellers Ziel hinauslief und -läuft und damit das Ziel der von ihnen repräsentierten Machtgruppe, verdeutlichte Dr. A. Weinberg, seinerzeit Direktor des Staatslaboratoriums Oak Ridge, in völliger Offenheit in der Zeitschrift *Science*[60]:

»Wir bei der Atomenergie tätigen Personen haben mit der Gesellschaft einen Pakt abgeschlossen wie Faust. Einerseits bieten wir im katalytischen Kernbrenner eine unerschöpfliche Energiequelle . . . Aber der Preis, den wir für diese magische Energiequelle von der Gesellschaft fordern müssen, sind **sorgsame Wachsamkeit und eine Dauerhaftigkeit unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, an die wir gar nicht gewöhnt sind.«**

Etwas später schreibt er:

»Wir erheben zwei Forderungen. Die erste halte ich für leichter zu erfüllen: Wir müssen in der Atomtechnologie die allerbesten technischen Verfahren einsetzen, und wir müssen Personen mit großer Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit beschäftigen. ›Unbedingte Qualität‹ ist die Losung, die nun in weite Bereiche dieser atomaren Gemeinschaft Eingang findet. Das bedeutet, daß man die strengsten Maßstäbe beim technischen Entwurf und seiner Ausführung einsetzt. Daß man sich bei den Atomanlagen strikt an die erforderlichen Betriebszustände hält – und dies trotz der angeborenen Neigung, in der Sorgfalt nachzulassen, wenn eine solche Anlage älter wird und mehr vertraut . . . Mit einem Wort also: Wir müssen eine ununterbrochene Tradition schaffen für peinlichste Sorgfalt in allen Einzelheiten . . .

Die zweite Forderung ist weniger augenscheinlich . . . Das ist die **Forderung nach dauerhaften Strukturen in der menschlichen Gesellschaft.** *Wir hätten relativ wenig Sorge mit den radioaktiven Abfällen, wenn wir immer davon ausgehen könnten, daß es intelligente Leute gibt, welche mit unvorhergesehenen Umständen fertig werden können, an die wir nicht gedacht hatten. Wenn die atomaren Zonen, die ich erwähnte, einmal fester Bestandteil unserer Zivilisation sind, dann haben wir wohl auch den sozialen Apparat und vermutlich die Plätze, um mit dem Atommüll dauernd fertig werden zu können . . .«*

Dr. Weinberg spricht dann vom

> »**Ausgeliefertsein** *an eine* **unverrückbare soziale Ordnung** *als mögliche Folge der Atomenergie . . . solange wie wir eine andere praktisch verwertbare Energiequelle von unbegrenztem Ausmaß nicht gefunden haben.«*

Etwas später heißt es dann:

> *»Man könnte sagen, wir haben eine* **militärische Priesterschaft** *geschaffen, die auf der Wacht steht gegen einen versehentlichen Einsatz von Atomwaffen und die an sich ein bedenklich scheinendes Gleichgewicht erhält zwischen der Bereitschaft zum Kriege und der Wachsamkeit gegenüber menschlichen Fehlhandlungen, die uns in einen Krieg hineinstürzen könnten. Und dieser Zustand wird sich auch nicht mehr ändern, jedenfalls nicht bald. Die Erfindung der Bombe hat unseren gesellschaftlichen Strukturen einen zusätzlichen Zwang auferlegt. Sie hat diese* **militärische Priesterschaft** *erst geschaffen, von der wir in gewisser Weise alle um unseres Überlebens willen abhängig sind.«*

Schließlich betont Dr. Weinberg:

> *»Es will mir so scheinen . . . daß die friedliche Nutzung der Atomenergie* **Anforderungen gleicher Art an unsere Gesellschaft stellen wird – vermutlich nur von noch längerer Dauer.«**

Dr. Weinberg stellte also fest, daß wir von einer **atomaren Priesterschaft** mit einer neuen Religion, einer technologischen Sicherheitsreligion, abhängig geworden sind, und uns um der Sicherheit und des Wohlstandes willen einer **dauerhaften und natürlich bestens kontrollierten und reglementierten und weltweit geltenden Gesellschaftsordnung ausliefern müßten.**

Weinbergs Sicht ist schlüssig. Allein schon jene Sach- und Entwicklungszwänge, die entstehen, wenn sich die Welt erst genügend auf die Errichtung und den Betrieb vom Atomspaltanlagen eingelassen hat, führen zwangsläufig zu einem **Plutoniumstaat** mit allen daraus resultierenden Folgen, wie ich das in meiner Schrift *Artikel 9 II GG und die Errichtung eines Plutoniumstaates* nachwies[61] und wie das auch andere, z.B. Hasso Hofmann deutlich und unangreifbar herausarbeiteten[62]. **Die Enwicklung einer atomaren Priesterschaft ist nur die letzte Konsequenz, willig aufgenommen von Kreisen innerhalb der »alten Mächte«, die hier in ein neues Gewand schlüpfen können (z.B. die römisch-katholische Priesterschaft).** Das fällt ihnen nicht sonderlich schwer, sind sie doch reich erfahren in der Entwicklung von Priesterschaften, Männerbünden, Geheimorganisationen und gesellschaftlichen Umwälzungen, in der geistigen und politischen Entmündigung, besonders der Frau und in der Konditionierung der Massen, um sie für igendeine neue **Heilsbotschaft** zu

begeistern. Frappierend und zugleich äußerst kennzeichnend ist hierbei,

daß der *eine zentrale Baustein* dieser Herrschaftsform ein künstlich geschaffenes, völlig lebensfeindliches, hochexplosives Element darstellt, dessen Bezeichnung ebenso wie jene des *zweiten zentralen Bausteins,* nämlich des nicht auf der natürlichen und menschlichen Produktivität aufgebauten sondern ebenfalls künstlich geschaffenen, letztlich auf Willkür gegründeten Mittels der Finanzoligarchie, nämlich das der ungehemmten Kreditvergabe und der damit verbundenen ausbeuterischen Zinswirtschaft, vom griechischen Gott *Pluto,* dem **Herrn der Unterwelt** und des **Reichtums** abgeleitet ist: *Plutonium* und *Plutokratie.*

5.4. Eine Herrschaft, deren Zentrum auf Machtwahn und List, Lebensfeindlichkeit und Willkür, letztlich in der Verneinung des Göttlichen ruht, kann aber nicht Bestand haben. Entweder wird sie allein herrschend, dann löscht sie auf die Dauer den Menschen, aufgrund herrschender Seelen- und Naturgesetze, psychisch oder physisch aus; oder sie wird, weil sie den Bogen überspannt, von Gegenkräften in den Völkern und sogar innerhalb der eigenen Kreise überwunden.

In vielen Mythen und Religionen wird der Menschheit ein schreckliches Ende durch die Entgöttlichung ihres Lebens vorausgesagt. Aber nicht in allen wird das von Pessismismus begleitet. In der nordischen Mythologie folgt auf die *»Götterdämmeung«* eine neue Zeit, *»so gut und schön wie in Urvätertagen«.* In der mosaischen Religionstradition streiten sich apokalyptische Visionen und irdische Heilserwartungen. Als Quelle vieler weiterer Religionen und als geistige Grundlage und Motivation politisch mächtiger Kreise in der Welt, besitzen die Zukunftserwartungen der mosaischen Religion heute eine zentrale seelische und politische Bedeutung. Der Angelpunkt dieser Zukunftserwartungen befindet sich in der Thora (1. Mose 27): Nachdem der von Isaak dem Jakob erteilte Segen sich erfüllt hat, nämlich der durch List erlangte Segen, der die Weltherrschaft verhieß, gelangt der zweite, dem Esau erteilte Segen zur Erfüllung, nämlich der einer **Befreiung** vom Joch der Weltherrschaft des Jakob. Danach werden *alle* Völker, die Nachkommen des Jakob ebenso wie die des Esau, *gleichberechtigt, selbstbestimmt und frei* einer neuen Zukunft entgegengehen.

5.5. Beweisantrag:

Ich behaupte, daß **nationale und internationale Finanz- und Wirtschaftsmächte und hinter diesen stehende Zirkel bei der Verwirklichung des Plutoniumprogramms den politischen Willen des deutschen Volkes verfälschen, mißachten, ausschalten oder manipulieren,** sich

Vatikan für Atomkraft

KNA, Vatikanstadt/Wien

Der Ständige Vertreter des Vatikans bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien, Prälat Mario Peressin, hat die Vorteile der friedlichen Nutzung der Kernenergie verteidigt. Jede Anstrengung müsse unternommen werden, um allen Nationen, besonders den Entwicklungsländern, die Vorteile einer friedlichen Kernenergienutzung zu bieten.

Die Welt, 24.9.1982

5.5. *Beweisantrag*

Ich behaupte, daß nationale und internationale Finanz- und Wirtschaftsmächte und hinter diesen stehenden Zirkel bei der Verwirklichung des Plutoniumprogramms den politischen Willen des deutschen Volkes verfälschen, mißachten, ausschalten oder manipulieren, sich dadurch gegen die freie Selbstbestimmung des deutschen Volkes richten, gegen eine Reihe Verfassungsgrundsätze und Strafbestimmungen verstoßen und die Exekutive der Fähigkeit berauben, ausschließlich nach Recht und Gesetz zu handeln, und zwar

- ☐ durch Einflußnahme über gesetzlich nicht vorgesehene, aber in das Regierungsgeschehen grundlegend hineinwirkende Lenkungsgremien (z.B.: 1. *ICRP, GRS, SSK, RSK;* 2. *Weltbank, Weltwährungsfond, BIZ, Urankartell*; 3. Geheimgremien wie *CFR, Trilateral Commission, Bilderberg-Gruppe, Jerusalem-Stiftung, Rockefeller-* und *Rothschild*-Clan, Führung des *Tempelherren-Ordens,* der *Freimaurerei,* des *B'nai B'rith, der Loge P 2* und anderer Geheimbünde)* –



Bernard M. Baruch, Herbert Evatt und Andrej Gromyko (von rechts) diskutieren über die künftige Kontrolle der Atomenergie (31.7.46)



Generalkonferenz der *Internationalen Atomenergieorganisation* (IAEO) in Wien 1971.
Im Vordergrund *I. A. Abs*, u.a. Spitzenmann der *Deutschen Bank* und der *RWE* (größtes deutsches Elektrizitätsversorgungsunternehmen) als Bevollmächtigter des *Heiligen Stuhls* (Vatikanstaat).

- ☐ durch Abschluß von Verträgen, insbesondere zwischen in- und ausländischen Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, zwecks Umgehung der Gesetze oder des Mitspracherechts der Regierung und des Volkes (z.B. Geheimvertrag zwischen *DWK* und *Cogema;* geheime Abmachungen zwischen *DWK* und der sowjetischen Wirtschaft; Vertrag zwischen *IAEO* und *WGO* vom 28.5.1959) –
- ☐ durch den Einsatz von Expertengremien mit manipulierten, präparierten oder erpreßbaren »Gutachtern« und »Wissenschaftlern« –
- ☐ durch Bestechung (z.B. Wahlspenden an Parteien und Parteiführer; Geldgeschenke an Gemeinden, in deren Gebiet eine Atomanlage errichtet werden soll) –
- ☐ durch künstliche Verknappung nutzbarer Energieträger und durch Monopolisierungen (z.B. Zerstörung deutscher Kohlegruben; Kampf gegen Stromerzeugung aus Industrieabwärme, gegen Sonnen-, Wind- und Gezeitenenergie sowie Erdwärme; künstliche Hochsteigerung der Ölverknappung und der Ölpreise zum Zweck der Verbilligung der zu teuren Nutzung der Atomspaltenergie) –
- ☐ durch Entwicklung einer Kredit- und Zinsversklavung des ganzen Volkes auf dem Energiesektor.

Beweismittel sind die vorausgegangenen Ausführungen zu diesem Thema, die dort genannten Unterlagen, die hier beigefügten Anlagen und Fachgutachten.

Anlagen

(1) Eustace Mullins/Roland Bohlinger, *Die Bankierverschwörung*, Struckum 1983, (2. Aufl.)
(2) Eberhard Beißwenger, *Sittlich gestaltete Wirtschaft (Arbeitstitel)*, Struckum 1983.
(3) Roland Bohlinger: *Bringt Hochzinspolitik Wirtschaftszusammenbruch und dann Dritten Weltkrieg?/* Eberhard Beißwenger*: Zinswirtschaft oder die Herrschaft des Geldes,* Wobbenbüll 1981 (2. Aufl.)

* Abkürzungen:
CFR – Council on Foreign Relations
Cogema – Französische Firma zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen
DWK – Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen
IAEO – Internationale Atomenergie-Organisation
ICRP – Internationale Strahlenschutz-Kommission
RSK – (Deutsche) *Reaktorsicherheitskommission*
SSK – (Deutsche) *Strahlenschutzkommission*
WGO – Weltgesundheitsorganisation

(4) Zeitschrift *Das Parlament,* Ausgabe vom 7.2.1981
(5) Auszüge aus einem Brief von *Walther Soyka* an mich vom 14.12.1980.
(6) Meldung aus *Newsweek* vom 17. März 1980, betreffend ein neues Gesetz zugunsten des *Federal-Reserve-Systems.*
(7) Zwei Meldungen aus den *Husumer Nachrichten* vom 4.10.1980 über die derzeitige Kreditpolitik des *Federal-Reserve-Systems.*
(8) Bericht von John K. Galbraith im *Spiegel* über die monetaristische Politik von Milton Friedmann.
(9) Bericht aus *C. O. D. E.* I/4–5 über: »Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie es wollen oder nicht, mit Gewalt oder mit Zustimmung.«
(10) Auszüge aus dem Bericht von Bruno Bandulet: »Eine schwarze Flüssigkeit, ein gelbes Metall, ein grünes Papier«, erschienen in *Trans-Atlantik,* München, November 1980, S. 44–52
(11) Bericht aus *Salzburger Nachrichten* vom 28.10.1961: *»Atomare Verseuchung als Machtprogramm«.*

ANMERKUNGEN

[1] *Verschwendung von Energie und öffentlichen Mitteln als Folge der Verflechtung von Staat und Energiewirtschaft* (ein Kommentar zum Hauptgutachten der Monopolkommission 1973/75 zur Konzentration in der Energiewirtschaft), hrsg. vom Arbeitskreis Energiepolitik im Landesverband des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., Braderup 1980, S. 127b

[2] *Verschwendung von Energie . . .,* S. 6

[3] a.a.O., S. 6f.

[4] *Bundestags-Protokoll* S 4629 D 4630 A

[5] *Verschwendung von Energie . . .,* S. 34

[6] *Verschwendung von Energie . . .,* S. 34b; *Ruhrnachrichten* vom 12.3.77

[7] *Carl Creifelds, Rechtswörterbuch,* 6. A., München 1981, S. 513. Im übrigen sind noch folgende gesetzliche Bestimmungen von Bedeutung:

Es heißt im *Bonner Grundgesetz:*

»Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.« (Präambel)

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.« (Art. 1)

»Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz verstößt.
Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.« (Art. 2)

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Art. 14 II)

»In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.« (Art. 19 II)

»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« (Art. 20)

»Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid:

»Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.«

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.« (Art. 56)
Der Amtseid der Mitglieder der Regierung sieht ähnlich aus. Die Verpflichtung der Beamten hat im wesentlichen gleichen Inhalt.

[8] *ZVEI*, Mitteilung des Zentralverbands der elektrotechnischen Industrie e.V., 15.10.78. 1977 sollen es 3,1 % gewesen sein (*Die Zeit*, 18.8.1978, S. 22).

[9] *Verschwendung von Energie* . . ., S. 69

[10] Von Dr. Herbert Gruhl zitiert in der 215. Sitzung des Bundestages vom 22.1.1976, S. 14952; erschienen auch in den *VDI-Nachrichten* vom 31.10.1975.

[11] Der *Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* führte in seiner Ansprache zur Amtseinführung am 30. 10. 1975 in Hannover in Anwesenheit des Wirtschaftsministers Fridrichs aus: » . . . *die bekannten Uranlagerstätten stehen im krassen Mißverhältnis zu dem geplanten Verbrauch. Es muß einmal festgestellt werden, daß alle bisher in der Welt bekannten, wirtschaftlich ausbeutbaren Lagerstätten für Kernenergierohstoffe gerade für die Lebenszeit der jetzt in Betrieb und in der Ausführungsplanung befindlichen Reaktoren ausreichen. Mit anderen Worten: Für alle nach der Mitte der 80er Jahre zu bauenden Reaktoren muß das Uran erst noch gefunden werden!«*
(aus Rede des MdB Dr. Herbert Gruhl in der Bundestagsdebatte über die friedliche Nutzung der Kernenergie am 22.1.1976)

[11a] Siehe z.B. Dr. Horst Franke (Institut für Kernphysik der Univ. Münster), Referat gehalten am 10.12.1980 in der KFA Jülich, und Holger Strohm (Hg.): *Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen*, Hamburg 1978. Siehe auch den Ausspruch von Prof. Dr. Edward Teller: ». . . *wenn man mit soviel Aufwand an Geld und Personal solange Zeit so wenig Erfolg mit dem Schnellen Brüter gehabt hat, wird es Zeit, sich etwas anderes zu überlegen.«* (Vortrag in Garching im Dez. 1980). Ähnliche Auffassungen haben Prof. Dr. Hans Bethe, Prof. Dr. Alwin Weinberg u.v.a.m.

[12] Unter der Voraussetzung, daß nicht gleichzeitig Kraftwerke stillgelegt werden. Errechnet nach Zahlen in den *Statistischen Jahresberichten des Referats Elektrizitätswirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft*, 1972 ff. Zitiert aus Sekundärquelle, noch nicht im Original überprüft, da das Bundesministerium für Wirtschaft die erbetene Zusendung der Daten nicht vornahm.

[13] Siehe *Statistischer Jahresbericht über die Stromversorgungslage 1977 BMW*, erschienen in: *Elektrizitätswirtschaft*, 6.11.1978, s. auch: Berthold Bock, *Bilanz der Elektrizitätsversorgung* 1979, Göttingen 1981, S. 1ff.

[14] Am 27.2.1975 erklärte Ministerpräsident Dr. Filbinger im Landtag von Baden Württemberg:
»Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen.« (Nach *Verschwendung von Energie . . .*, S. 60)
Es wurde ein richtiges Drohsystem aufgebaut, das ständig in dem Satz gipfelte: Wenn ihr keine KKWs wollt, dann gehen die Lichter aus! Atomkraftgegner wurden ständig verdächtigt, verleumdet, ganze Anzeigenkampagnen wurden gestartet, um Schreckensbilder an die Wand zu malen.
[15] Dipl. Ing. Elektr. Berthold Bode: *Auslastung bundesdeutscher Kraftwerke*, 1979, Analyse des amtlichen Zahlenmaterials; *Verschwendung von Energie . . .*, S. 53ff.
[16] *Verschwendung von Energie . . .*, S. 54
[17] *Verschwendung von Energie . . .*, S. 55
[18] *Elektrizitätswirtschaft in der BRD* – Institut für Bilanzanalyse, 1975
[19] Näheres dazu u.a. in *Verschwendung von Energie . . .*, S. 91f.
[20] *Jahresbericht 1979 der NWK*, S. 16; Zitat in: *Verschwendung von Energie . . .*, S. 59
[21] *Jahresbericht 1979* a.a.O., S. 12; siehe Zitat in: *Verschwendung von Energie . . .*, S. 59
[22] Mit 10–30% der Ausgaben für ein Atomspaltwerk gleicher Größenordnung.
[23] Bericht: »Strom wird nicht gebraucht – Ölkraftwerk stillgelegt« in der *Süddeutschen Zeitung*, 4.4.77. Siehe auch *ARD-Report* vom 10.10.1977 und *Verschwendung von Energie . . .*, S. 57
[24] Der Niedersächsische Sozialminister, *Änderung und Ergänzung der 1. Teilgenehmigung zum Betrieb des Kernkraftwerks Unterweser vom 22.6.1978*, dem Verfasser zugeleitet mit Schreiben vom 5.10.1978.
[25] Vergleiche die Ausführungen im nächsten Abschnitt.
[25a] Wirtschaftsteil der *Welt am Sonntag*, 2.1.1977. Dazu noch ein Zitat: *»Den laufenden Verteuerungen werden wir durch eine Strompreiserhöhung begegnen, die ab 1.10.1978 wirksam werden soll.« (Aktionsbrief der NWK*, September 1978).
[26] *FAZ* vom 19.4.1978, S. 33
[27] Bericht in: *Capital*, Juli-Ausgabe 1978, Vergleiche auch Ziff. 28
[28] Bericht in der *FAZ* vom 20.7.1978
[28a] Bericht: »Energie – Die Sklaven unserer Zeit«, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1981/188, S. 5
[29] Norbert Irsch: »Die Bedeutung der Kernenergie für die Energieversorgung«, *Welt der Wirtschaft*, Januar 1977, S. 8
[30] Heinz Heck in der *Welt*, 7.7.1978, S. 9
[31] Bericht in *Dokument und Analyse*, 12/77, S. 19 ff.
[32] *Jahrbuch der Atomwirtschaft*, 1978, A 39
[33] Norbert Irsch, a.a.O.; *Verschwendung von Energie . . .*, S. 105
[34] *Verschwendung von Energie . . .*, S. 105
[35] *Verschwendung von Energie . . .*, S. 105
[36] Siehe Ausführungen im nächsten Abschnitt
[37] Siehe die Ausführungen im nächsten Abschnitt
[38] 1976 lag die Einfuhrmenge bei rund 40% (*Parameterstudie zur Ermittlung der Stromerzeugungskosten*, herausg. vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Energiewirtschaft München, Köln-München 1977, S. 109). Inzwischen ist der Anteil noch gestiegen.
[39] Norbert Irsch, a.a.O. S. 8; *Verschwendung von Energie . . .*, S. 105
[39a] vgl. Bericht im Dt. Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1925, S. 86ff.
[39b] s. Gottfried Hilscher, *Energie im Überfluß*, Hameln 1981; Holger Strohm, *Friedlich in die Katastrophe*, Frankfurt 1981; Klaus Traube, *Müssen wir umschalten?*, Reinbek 1978; zur Verteilung der Forschungsgelder siehe z.B.: *Jahrbuch der Atomwirtschaft*, 1978/A 18, Ta-

belle 1: »Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977–1980 – Gesamtaufwendungen«.

[40] *Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Stromverbrauchs privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1985,* veröffentlicht im September 1975 von der *Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW),* S. 115. Hervorhebung und Einfügung in Klammer nicht im Original. die durchschnittliche Steigerungsrate im Stromverbrauch der Industrie liegt seit 1974 bereits unter 0,5 % (*Statist. Jahresberichte,* a.a.O.)

[41] W. Dotzenrath: »Mittelfristige Aussichten der allelektrischen Versorgung unter Berücksichtigung des Marktes«, in: *Elektrizitätswirtschaft,* 14/1973

[42] *Verschwendung von Energie . . .,* S. 48

[43] Nach: *Die Zeit,* 16.5.1979

[44] Siehe die Nachweise in: *Verschwendung von Energie . . .,* S. 79 ff.

[45] *Hauptgutachten der Monopolkommission 1973/75 über die Konzentration in der Energiewirtschaft,* S. 461; *Verschwendung von Energie . . ,* S. 117. Dazu noch: Großunternehmen kassieren durchschnittlich rund 90 % der gesamten Forschungsbeihilfen des Staates. An kleinere und mittlere Betriebe fließen dagegen nur 5 % der Förderungsmittel, obwohl rund 80 % der Patentanmeldungen aus der mittelständischen Wirtschaft kommen. Der Präsident des Bundesverbands deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken, Dr. Viehoff, erklärte zu diesem Tatbestand: *»Das System der staatlichen Forschungsförderung ist schlicht und einfach mittelstandsfeindlich.« (Verschwendung von Energie . . .,* S. 119)

[46] Bericht im *Stern,* 47/1979, S. 20ff.

[47] Schreiben von Prof. Fr. Franz Rudolf Keßler an den Verfasser vom 25.1.1982

[48] Horst Kuchling, *Physik-Formeln und Gesetze,* Köln, 12. A., S. 358

[49] bei Kuchling, a.a.O.,

[50] *Kernkraftwerk Biblis,* hrsg. von der RWE, Düsseldorf o.J.

[51] Winfried Koelzer, *Lexikon zur Kernenergie,* Kernforschungszentrum Karlsruhe, S. 128

[52] a.a.O., S. 129

[53] Bundesministerium für Forschung und Technologie, *Kernenergie – Eine Bürgerinformation,* Bonn, 1978, 3. A.

[54] Nach umfangreichen, hier nicht zitierbaren Berechnungen des Verfassers

[55] *Politisches Lexikon von C.O.D.E.,* I/3, Stichwort *Atomenergie und Monopol*

[56] n.: *Die Welt,* 24.9.82, siehe Faksimile

[57] *Neue Kronen-Zeitung,* Wien, 12.6.1975

[58] Gespräch zwischen Prof. Dr. H. Haber und Prof. Dr. E. Teller, abgdruckt in *Bild der Wissenschaft,* Oktober 1975, Seite 94ff.

[60] Alwin Weinberg in *Science* am 7.7.1972

[61] Roland Bohlinger, *Artikel 9 II GG und die Errichtung eines Plutoniumstaates,* Wobbenbüll, 1982, 2. A.

[62] Hasso Hofmann, *Rechtsfragen atomarer Entsorgung,* Stuttgart 1981; s. auch Robert Jungk, *Der Atomstaat,* München 1977

